

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 29. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 51

Preis: Inland mit Ausnahme der Grenz- und Postgebiete monatlich 2,25 RM., Einzelnummer 10 Pf. Ausland monatlich 3,50 RM., Einzelnummer 20 Pf. Druck die Vor. bezogen monatlich 2,25 RM., unter Streifenband 2,50 RM. Kugelschreiber: Die geschriebene Millimeterzelle oder deren Name 12 Pf. Schreib- und Beschriftungsarbeiten 6 Pf. Metall- und Holzwaren: Die geschriebene Millimeterzelle oder deren Name im Wert 20 Pf. — Inhalt des Jahresheftes: 1. der Haupt-Exposition 1928; 2. in den Welt-Expositionen am Tage vorher bis Spätkens 13 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründer von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Berlin 10, Trebner Straße 50, Telefon 4719. Postkontos: Berlin 544, Reichsbank; Berlin, Trebner Straße 50, Telefon Ring 6837. Geschäftsstellen: Berlin, Trebner Straße 50, Telefon Ring 6837. Geschäftsstellen: Berlin, Trebner Straße 50, Telefon Ring 6837. Geschäftsstellen: Berlin, Trebner Straße 50, Telefon Ring 6837.

Schärfster Wahlterror in Polen

Bedrückung der Kommunisten und der Minderheiten

(Fig. Drahtber.) Warschau, 28. Februar.

Der Wahlkampf in Polen hat seinen Höhepunkt erreicht. Aus den verschiedenen Landesteilen, besonders aus den östlichen Minderheitsgebieten kommen täglich Nachrichten von Versammlungsstörungen, Zusammenstößen und Terrorakten. Besonders zahlreiche Verhaftungen finden unter den Minderheiten und Kommunisten statt. Fast täglich finden Beschlagnahmungen von Zeitungen statt.

Von den ursprünglich eingereichten Wahllisten sind 25 % als unzulässig erklärt worden. Bei den höchsten polnischen Gerichten liegen zurzeit 1800 Klagen wegen Ungültigkeitserklärung von Wahllisten vor.

Die offiziellen Kreise der polnischen Regierung stehen der Liste der Kommunisten und deren wahrscheinlich sehr starkem Erfolg mit großer Besorgnis gegenüber. Man rechnet damit, daß die Kommunisten, obwohl sie keine Propaganda machen dürfen, stärker als die Regierungsliste und sogar die Sozialisten aus dem Wahlkampf hervorgehen werden.

*

Mit welchen Methoden die nationalen Minderheiten unterdrückt werden, zeigt die folgende Meldung über das frühere deutsche Posen, wobei man bedenken muß, daß der Wahlterror in Galizien und in der polnischen Ukraine zweifellos noch härter sein wird:

11. Posen, 28. Februar. Auch in der Wojewodschaft Posen herrscht der schlimmste Wahlterror gegen die deutsche Minderheit. So wurden verschiedene Wählerversammlungen gesprengt, die der frühere deutsche Abgeordnete Gräbe im Wahlkreis Schildberg-Abelau einberufen hatte. Hier waren Sprengkommandos an der Arbeit. In einem Fall mußte die Polizei die Versammlung auflösen, trieb jedoch nur die ruhigen Deutschen aus dem Versammlungsort hinaus. Der zweite deutsche Redner, Kaufmann König-Ostrowo, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet und solange festgehalten, bis die Versammlung beendet war. Gräbe wurde während seines Vortrages mit Eiern beworfen.

*

Kommuniste verhaftungen in Lodz und Warschau

11. meldet: In Lodz wurden im Zusammenhang mit einer umfassenden Revision 29 Personen wegen kommunistischer Untertun verhaftet. In Warschau wurden zwei kommunistische Wahlredner verhaftet. Konfisziert wurden an einem Tage die letzten Nummern der Zeitung „Wyzwolenie“, die sozialistische Zeitschrift „Der Kollege“, „Dziennik Ludowy“ in Lemberg und der „Kozwoj“ in Lodz.

200 000 sollen ausgesperrt werden!

Der Berliner Werkzeugmacherstreit

(Fig. Drahtber.) Berlin, 29. Februar.

Von rund 5000 Berliner Werkzeugmachern stehen gegenwärtig 1100 aus folgenden Berliner Großbetrieben im Streit: Siemens, Lorenz, Metz u. Genest, Deutsche Telephonwerke und Bergmann. Die Sitzung der Schlichtung hat bisher noch keine Entscheidung gefaßt, doch lassen die Metallindustriellen bereits mitteilen, daß bis zum Freitag die bisher besetzten Großbetriebe mit insgesamt 60000 Arbeitern stillgelegt werden und daß die Gesamtorganisation des Verbandes Berliner Metallindustrieller andererseits die Stilllegung einzelner Betriebe „wahrscheinlich nicht zulassen wird“, so daß also die Absichten der Unternehmer dahin zielen, zweihunderttausend Berliner Metallarbeiter auszusperrn.

Die Stimmung der Werkzeugmacher ist sehr erbittert gegen die reformistische Verbandsbürokratie und die sozialdemokratische Niederlagenpolitik. Unter den noch arbeitenden Werkzeugmachern wird der Wille immer stärker, sich nicht nur durch Resolutionen, sondern durch die Aktion an die Seite ihrer kämpfenden 1100 Kameraden zu stellen und die Berliner Metallarbeiter sowie das ganze Berliner Proletariat zur Solidarität aufzurufen. Ueberflüssig zu sagen, daß der „Borwärt“ in der Verteidigung der berechtigten Forderungen der Metallarbeiter geradezu ein Musterbeispiel von Feigheit gibt und ständig auf die Nachgiebigkeit der Schlichter spekuliert. So heißt es auch heute abend: „Da die Bewegung einen größeren Umfang annehmen wird, hängt ganz von der Haltung der Unternehmer ab.“ Die offizielle Stellung der führenden Berliner Reformisten findet man heute in der „Vossischen Zeitung“, wo es heißt:

„Die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes betont, daß sie nichts weiter wolle, als den Zustand von 1919 wiederherzustellen, nämlich einen Stuppentarifvertrag wieder einführen, der sich damals glänzend bewährt habe. Das Sträuben der Metallindustriellen gegen den Abschluß eines Tarifvertrages sei völlig unverständlich. Der „Industrie“ sei doch viel mehr damit gebietet, daß die Löhne für längere Zeit für alle Berliner Metallbetriebe festgelegt seien, als daß wie jetzt die Arbeiter der Einzelunternehmungen, immer wieder an

ihre Werkleitungen wegen Lohnaufbesserung herantreten, wodurch eine fortwährende Unruhe in der Industrie entstehen müsse.“

Nach dieser Meldung kämpfen also die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht für die Interessen der Metallarbeiter, sondern für den Abschluß langfristiger Tarifverträge, um die Arbeiter recht lange an den Hungerlohn zu binden und die Schlichter vor der „Unruhe“ neuer Lohnforderungen der Arbeiter zu schützen.

Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens im Ruhrbergbau

11. Essen, 28. Februar. — Die Bergarbeiterverbände haben heute die Kündigung des bestehenden Mehrarbeitszeitabkommens für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 beim Gewerkschaftsverband eingereicht. Die Forderungen der Verbände sind noch nicht bekanntgegeben. Die Verhandlungen werden voraussichtlich Mitte nächster Woche in Essen stattfinden.

Lohnbewegung in der chemischen Industrie

(Fig. Ber.) Berlin, 29. Februar.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat den Lohnwert für die chemische Industrie der Provinz Brandenburg einschließl. Berlin zum 31. März gelündigt. Von dem Vertrag wurden bisher etwa 18 000 Arbeiter erfasst.

„Christus, der Arbeiter“

(Fig. Ber.) Berlin, 29. Februar.

Bis die „Katholische Volkszeitung“ in einem großen Artikel mit der Überschrift „Christus, der Arbeiter“ berichtet, beschäftigt der Papst in nächster Zeit ein neues katholisches Kriegen-

fest mit der Überschrift des Artikels als Bezeichnung des Tages einzufügen. Der Zentralverband der katholischen Arbeiterorganisationen von Oesterreich sowie die katholischen Arbeiterorganisationen von Kanada verlangen diesen Feiertag ebenso dringlich. Der Papst hat die Einsetzung des neuen Festes „Christus, der Arbeiter“ als unumgänglich notwendig bezeichnet, weil es gelte, die Seelen, insbesondere die Arbeiterseelen, zu einer besseren Erkenntnis und einer größeren Liebe zum Heiland zu gewinnen und mit Hilfe des neuen Festes auf „wirksame Weise“ die Seelen der Arbeiter ihren Bedürfnissen entsprechend zu behandeln. (!)

Löbe stranguliert die Debatte

(Fig. Drahtber.) Berlin, 29. Februar.

Die Etatsdebatte im Reichstag wird beim Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter fortgesetzt. Der Sozialdemokrat Kopsmann, im Privatberuf Direktor eines Verordnungsamtes mit ansehnlichem Ministerienlohn, spricht zur Not der Kriegsbeschädigten. Seine Ausführungen dienen nur der Agitation.

Lorenz (Deutschnat.) wendet sich gegen jeden Versuch einer Generals-Pensionskürzung, da dies eine Verletzung wohlverdieneter Rechte sei.

Ersing (Zentr.) will sich von seinen Kumpanen der neugegründeten größeren Bürgerblockalition nicht an Demagogie übertreffen lassen und jammert darüber, daß die Regierung das Pensionsgesetz für politische Beamte noch nicht vorgelegt habe.

Brodauf (Dem.) bedauert, daß von den acht bisherigen demokratischen Ministern nur vier Pensionen beziehen.

Genosse Weber: Der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter schließt mit 1,78 Milliarden ab, das sind ungefähr 20 Prozent des gesamten Etats des Deutschen Reiches. Diese Zahl zeigt, wie das deutsche Volk noch heute für das ungeheure Verbrechen des Weltkrieges leiden muß. Genosse Weber weist eingehend nach, daß die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik von 1914 bis 1918 dabei mitgeholfen hat, die Grundlage für das Elend der Kriegsbeschädigten zu schaffen. Er wird dabei von dem Präsidenten Löbe unterbrochen, der anscheinend diese Kritik an seiner Partei nicht ertragen kann und dem Genossen Weber mit Wortentziehung droht, wenn er seine Schilderung des sozialdemokratischen Verhaltens während des Krieges fortsetzt.

Für 750 000 Kriegsbeschädigte werden ausgeworfen insgesamt 333 500 000 Mark. Das ist pro Kopf monatlich 37 Mark. Dagegen werden für die 31 680 Offiziere, die in diesem Etat ausgeworfen sind, insgesamt 130 046 130 Mark ausgegeben, das sind pro Kopf monatlich 342 Mark. Der Kriegsbeschädigte bekommt demnach im Durchschnitt nur 10 Prozent der Bezüge, die die Offiziere erhalten. Auch das ist ein Beweis für den sozialen Inhalt der Hindenburg-Republik. Nach der bekannten Denkschrift haben wir insgesamt 1763 höhere Offiziere, die Pensionen erhalten. Davon bekommen 133 jährlich durchschnittlich 16 963 Mark, 303 je 13 518 Mark, 171 je 13 000 Mark, 738 je 11 472 Mark. 104 ehemalige Reichsminister usw. erhalten insgesamt 1 736 000 Mark, also im Durchschnitt 16 700 Mark jährlich. Wie hoch sind aber die Pensionen derjenigen, die in diesem Hause stets die Anträge der Kriegsbeschädigten ablehnen? Dr. Birck (Zentrum), der den Radikalen mimi, bekommt eine Pension von 19 665 Mark, Dernburg (Demokrat) erhält 17 788 Mark, Walraf (Deutschnat.) bekommt 24 000 Mark, Koch (Demokrat) erhält 16 000 Mark, Schiele (Deutschnat.) 10 920 Mark, Schulz (Volkspartei) 23 088 Mark, Emminger (Bayer. Volksp.) 19 082 Mark, Schliepen (Deutschnat.) 31 500 Mark, Gustav Bauer (Soj.) 10 920 Mark, Zirbig (Deutschnat.) 24 960 Mark, Giesberts (Zentrum) 10 920 Mark. Das sind die Parteien, die hier stets alle Erhöhungsanträge ablehnen.

Die Anträge über das Pensionskürzungsgezet, die vom Ausschuß vorgelegt worden sind, sind nichts anderes als Spiegelreflexe und Volkstötung und weiter nichts. Die kommunistische Fraktion hat einen Antrag vorgelegt, in dem sie verlangt, daß die Pensionen für die ehemaligen Generäle und Admirale sowie für die früheren Minister gestrichen werden.

Genosse Weber fordert, daß die Bezüge für die Veteranen von 1870/71 von 25 Mark auf 50 Mark erhöht werden. Die Reden, die hier von den Vertretern aller Parteien gehalten worden sind, stehen im Gegensatz zu ihren Taten und Abstimnungen. Wohl haben sie mit dem Mund und draußen in der Agitation sich für die Kriegsbeschädigten eingesetzt. Wenn es aber darauf ankam, die Mittel zu bewilligen, haben die bürgerlichen Parteien, aber auch die Sozialdemokratie, verjagt. Und sie werden immer wieder verjagt.

Protest von der Publikumstribüne.

Während der Rede des Abgeordneten Loibl (Bayer. Volksp.) ruft von der Publikumstribüne mit drohend erhobener Faust ein Mann laut in den Saal: „Wann werden Sie mir meine Kriegseinkünfte geben? Ich werde Euch verfluchen und meine Kameraden mit mir, wenn Ihr uns nicht die Rente eifrig bewilligt!“ Zwei rasch herbeigeeilte Reichstagsdiener führten den unwillkommenen Zwischenrufer von der Tribüne. Als der Abgeordnete Loibl nun eine Bemerkung darüber macht, daß diese Zwischenfälle die Folge der verheerenden Tätigkeit draußen im Lande sei, erfolgen kürzliche Zwischenrufe der kommunistischen Fraktion: „Nein, sie sind eine Folge der Untätigkeit der Regierung. Sie haben die Kriegsbeschädigten belogen und betrogen.“

Es folgen die Abstimmungen. Alle Anträge der kommunistischen Fraktion auf Wiedereinrichtung der 800 000 aus der Ver-

Vom Tage

Der Reichsparlamentar veranschlagt die in der Phœbus-Angelegenheit erlittenen Verluste auf mindestens 20 Millionen Mark.

Auf der See „Germania“ bei Reichenwalde (Sauff), wo erst am Freitag zwei Bergleute verschüttet wurden, wurde am Montag früh der Säuer Kramer von niedergebenden Kohlenmassen getötet.

Da bis Dienstag früh keine Revisionen des Staatsanwaltes oder des Verteidigers eingegangen sind, ist das Urteil im Franz-Prozess nunmehr rechtskräftig.

In den letzten Tagen hat ein umfangreicher polnisch-italienischer Notenwechsel stattgefunden. Polen will die italo-französische Frage erneut vor dem Völkerverbund, d. h. unter Beistand seines französischen Freundes ansprechen.

In Warschau traf der polnische Gesandte in Moskau, Patek, ein, um mit seiner Regierung über die Wiederaufnahme der polnisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen zu beraten.

In Prag wurden Mitglieder der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wegen Spionage zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Ammanullahs weiterer Aufenthalt in Deutschland findet „Inkognito“ statt. Er beschäftigt mehrere größere Industriewerke.

Anastasia, die angebliche Jarentochter, ist in Amerika eingetroffen, wo sie unter besonderen polizeilichen Schutz gestellt ist.

Die GDe. in den Julitagen

Vertrauliche Verhandlungen mit Schöber

Wien, 28. Februar. Der österreichische Vizelanzler Hartleb beantwortete im Parlament Angriffe der Sozialdemokraten gegen den Polizeipräsidenten Schöber mit der sensationellen Mitteilung, daß am 16. Juli, als die Wiener Arbeiter von Schöbers Polizeibeamten beschossen wurden und sich auf den Barrakaden zur Wehr setzten, noch fahrende Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei mit dem Polizeipräsidenten Schöber vertrauliche Besprechungen hatten, wobei sie ihn „ihrer Freundschaft versicherten“ und sich bereit erklärten, „mit ihm zusammenzuarbeiten und ihn zu unterstützen“.

Im Rahmen der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion bestätigte der Abgeordnete Eisler, daß tatsächlich am 16. und 17. Juli vertrauliche Besprechungen zwischen Führern der österreichischen Sozialdemokratie einerseits und Seipel und Schöber andererseits stattgefunden haben. Über den Inhalt dieser Besprechungen gab Eisler keine Auskunft, ebensowenig wie er die Angaben Hartlebs dementierte.

Bisher war bekannt, daß am Morgen des 15. Juli der sozialdemokratische Abgeordnete Deutsch dem Polizeipräsidenten Schöber die Absicht der Arbeiter, im Zentrum von Wien zu demonstrieren, telephonisch denunziert hat.

Die indische Bourgeoisie auf dem Rückzug

London, 27. Februar. (Sig. Bericht.) Die Simon-Kommission traf gestern in Madras ein. Das Exekutiv-Komitee der indischen Nationalpartei in Madras verzichtete auf die für gestern vorgesehene Protestkundgebung unter dem fadenförmigen Vorwand, daß die Polizei sowieso die Kundgebung verhindern würde. Die geschehene Versammlung in Durma hat eine von der indischen Unabhängigkeitspartei eingebrachte Entschlüsselung angenommen, die der Simon-Kommission das Vertrauen

auspricht und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit ihr zum Ausdruck bringt.

Die geschehene Versammlung der vereinigten indischen Provinzen nahm nach Berichten aus Delhi gestern mit 68 gegen 55 Stimmen eine von den Swarajisten eingebrachte Entschlüsselung zugunsten des Boykotts der englischen Verfassungskommission an.

Der „Arbeiterführer“ Clyneg hielt in Darborough eine Rede, in der er die „großen Aufgaben“ und die „aktuelle Bedeutung“ der Simon-Kommission für die zukünftigen „guten Beziehungen“ und die wirtschaftliche Zusammenarbeit Englands und Indiens unterstrich. Wenn die Arbeiterpartei die Kommission unterstütze, so in dem Wunsch, die „Freiheiten“ des indischen Volkes zu „erweitern“. Er vertraue darauf, daß die Kommission das indische Volk von ihrem guten Willen überzeugen werde. Die Arbeiterpartei werde nichts unternehmen, um ihre Arbeit zu behindern. Das Problem könne nicht gelöst werden durch einen Boykott in Indien oder durch Resolutionen in England. Die Kommission könne die Rechte oder Interessen Indiens nicht mehr außer acht lassen, sie werde bestimmt dazu beitragen, eine „annehmerere Regierungsform“ in Indien zu schaffen.

Rußland warnt Afghanistan vor England

M. Berlin, 28. Februar. — Wie der amtliche russische Spruch meldet, leitet die russische Presse in langen Zeilen den neunten Jahrestag des Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und Afghanistan. Es wird besonders hervorgehoben, daß Sowjetrußland die erste Regierung war, die Afghanistan ohne Vorbehalte als unabhängigen Staat anerkannte. — Die „Iswestija“ weist auf die Gefahr hin, die Afghanistan an der indisch-afghanischen Grenze drohe und erklärt, daß selbst die glänzendsten Erfolge des afghanischen Königs in London nicht die Gefahr vermindern könnten, die Großbritannien an der indischen Grenze für Afghanistan bedeute.

England gegen das Gasriegsverbot

M. London, 29. Februar. — Ministerpräsident Baldwin teilte am Dienstag im Unterhaus mit, daß die britische Regierung es nicht für möglich halte, eine Konvention zu ratifizieren, die ein Verbot für den Gebrauch giftiger Gase im Kriegeserhalt enthalte, solange nicht alle Hauptmächte ihre verbindliche Ansicht zu erkennen gegeben hätten, das gleiche zu tun. (Das gleiche werden die andern auch sagen. Die Red.)

Neubauten der französischen Marine

Paris, 26. Februar. — Der französische Marineminister gab vier Küstenschiffe von 630 Tonnen, ein Unterseeboot und einen Minenleger von 760 Tonnen und fünf Unterseeboote von 1350 Tonnen in Auftrag. Fünf dieser Aufträge werden von der privaten Schiffsindustrie ausgeführt.

Gäubung der KP. der West-Ukraine

Nach Entgegennahme eines Referates über die Spaltung in der kommunistischen Partei der West-Ukraine beschloß das Plenum der KPKU, die Gruppe Wassilijew-Turjanzki, die die Ideologie der Kleinbourgeoisie, des Falschismus und der nationalistischen Intellektuellen zum Ausdruck bringt, aus den Reihen der Komintern auszuschließen und das gesamte ukrainische Proletariat und die werktätigen Bauern zur entschiedenen Abwehr gegen die Pöbeln der Pilsudski, die Verräter an der Sache der internationalen Revolution, aufzufordern.

Politische Zusammenstöße in Paris. M. Paris, 27. Februar. In dem Pariser Vorort Vagnole und in der Hauptstadt selbst kam es am Sonntag vormittag zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Mitgliedern der patriotischen Jugend, bei denen 10 Mitglieder der patriotischen Jugend und 15 Kommunisten verletzt wurden. Die Polizei verhaftete vier Kommunisten. (1)

Der Appellationsgerichtshof verwirft die Revision Georg Hansens. M. London, 27. Februar. Die Revision der vor Jahren verurteilten (angeblichen) Spione Mac Cartney und Georg Hansen wurde heute von dem Appellationsgerichtshof verworfen.

Jüngling herausgeworfenen Kriegsschädigten, die Übernahme der Kosten für die Heilbehandlung der Hinterbliebenen, die Erhöhung der Renten auf die Kaufkraft der Friedensrenten werden von den Sozialdemokraten im trauten Verein mit den Bürgerlichparteiern abgelehnt. Eine Ausschussentscheidung über Festsetzung einer Höchstgrenze und Regelung der Berufungsklagen bei hohen Arbeitseinkommen wird in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 190 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Angenommen wird auch eine Entschlüsselung, die ein Verbot für politische Beamte fordert, ebenso die weiteren Ausschussentscheidungen auf Beihilfen für die alten Veteranen und auf vermehrte Einkommensberechtigungen bei den Reichsbehörden. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Versorgungsetat angenommen.

Urteil im Düblicher Kommunistenprozess

M. Leipzig, 28. Februar. — Im sogenannten Düblicher Kommunistenprozess wurde heute Abend vom Vorsitzenden des vierten Strafsenats des Reichsgerichts das Urteil verkündet. Fünf der Angeklagten wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Zuvorbereitung gegen das Republikstättengesetz und Anstiftung zum schweren Diebstahl zu Gefängnisstrafen von einem Jahr sechs Monaten bis zwei Jahren sechs Monaten verurteilt. Der Bergbauhilfshilfs Johann Dross erhielt sechs Jahre drei Wochen Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe.

Vor der Genfer Tagung

(Fig. Drahtber.) Berlin, 29. Februar.

Graf Bernstorff, der deutsche Delegierte zur Sicherheitskonferenz, wird in den nächsten Tagen mit dem an der Riviera weilenden Dr. Stresemann über die beginnenden Genfer Verhandlungen konferieren. Von französischer Seite soll ermoget werden, die für den 15. März geplante Tagung zu verschieben, weil Paul Boncour durch den französischen Wahlkampf in Anspruch genommen wird und Poincaré glaubt, diesen famosen Sozialdemokraten nicht entbehren zu können.

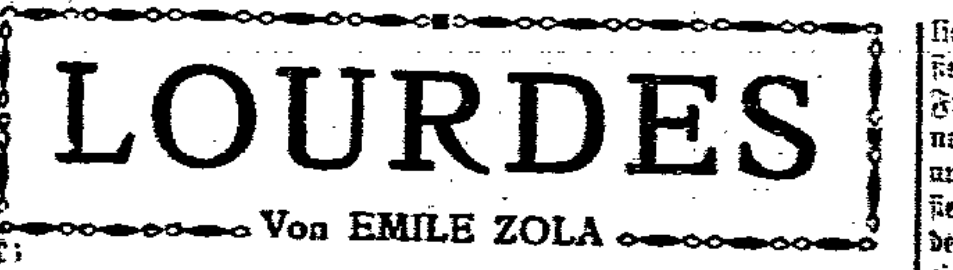
Unter italienischem Druck hat die albanische Regierung ihre vor einigen Tagen an den Völkerverbund gerichtete Bitte um Intervention gegen die Hungersnot in Nordalbanien zurückgezogen.

Eine Schwindelmeldung

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgende Schwindelmeldung aus Stockholm, bei der jeder Satz den Titel der Lüge an der Stirn trägt:

„Stockholm Tidningen“ läßt sich aus Moskau berichten, daß man dort außer mit Galavorstellungen und Fanfaren die Ankunft des Königs Amanullah auch mit einem Empfang von Hindus zu feiern gedenkt. Um diese Demonstration so imponierend wie möglich zu machen, habe man nicht nur alle in Moskau wohnenden Hindus mobilisiert, sondern auch einige indische Kaufleute aus Tschirak kommen lassen. Man werde dem König Dokumente vorlegen, die die Macht der revolutionären Organisationen in Indien beweisen, und ihm zeigen, daß sie nur auf einen Wind aus Moskau zur Erhebung warteten. Ferner wolle man darauf hinweisen, daß der indische Hofen Karahi, der Seehafen sei, nach dem man sich in Afghanistan schon so lange gefehlt habe. Der Kramel werde jederzeit mit Geld, Munition, Instruktionsoffizieren und Artillerieleistungen derartige Besprechungen unterstützen.“

Diese Pläne von Nachwerke, in denen die friedliebende Sowjetunion der Kriegshetze und Schürung der vorhandenen Kriegesgefahr beschuldigt wird, häufen sich in letzter Zeit zu auffällig, als daß nicht auch der dümmste Leser merken würde, es findet im Lager der imperialistischen Abdrückschwindler. Sie wollen kampfhafte jede öffentliche Diskussion der konkreten sowjetrussischen Vorkriegsvorschläge vermeiden, um sich in den Augen der gegen jeden imperialistischen Krieg erhiterten Massen nicht entlarven zu müssen. Gleichzeitig aber dient die obenstehende Fälschung dem Zweck, eine schamlose Greuelthat des englischen Militarismus an der indisch-afghanischen Grenze zu verurteilen. Dort haben englische Flugzeuge einige Dörfer mit Fliegerbomben belegt und vom Erdboden vertilgt.



LOURDES

Von EMILE ZOLA

Ich bin geheilt! — Ich bin geheilt! Eine ungeheure Bewegung hatte Pierre's Herz ergriffen; er begann zu weinen, und aus neuen tiefen Tränen aus allen Augen. Mitten unter den Ausstrahlungen der Tagelilien und Leuchtblumen, genau nach und nach ein wahrhaftiger Entschluß, die Oberhand und verlegte die Tausende von Pilgern, die sich zerstreuten, um die Grotte zu sehen, in einen Zustand unerschütterlicher Entregung. Es entsetzte sich ein Heilwunder, das so mächtig wurde, daß sein Donnerstahl von einem Ende des Tales zum andern rollte. Der Vater Bourgade suchte mit dem Armei herum, und Vater Anstas konnte sich endlich von der Höhe der Kanzel herab verständlich machen.

„Gott hat uns heimgesucht, meine Lieben Brüder, meine teuren Schwägerinnen! — Magnificat anima mea Dominum...“

Und alle Pilger, die Tausende von Pilgern, kicherten den Gesang der Andeutung und des Dankes an. Die Projektion fand sich dadurch aufgehoben, und der Abbe Jubaine, der mit der Konstantin die Grotte hatte erreichen können, wartete dort geduldig, ehe er den Segen ausstrahlte. Außerhalb des Gitters hatte sein der Altarhimmel; dieses murrigen die Priester im Chorhimmel und in Regenschirmen, die in den Strahlen der untergehenden Sonne wie Schnee und Gold glänzten.

Indessen war Marie schlafend niedergebunden, und während der ganzen Zeit, die der Gesang in Anspruch nahm, lag ein glühender Kosmos des Glaubens und der Liebe aus ihrem Innern zu Gott empor. Aber das Volk wollte sie sehen; glückselige Frauen riefen ihr zu, ein Schwarm, der sie brünnelt mit jähem, umringte sie und drängte sie nach dem Hügel der Beurkundungen, damit das Rauber, das gleich dem Licht der Sonne glänzte, festgelegt würde. Ihren kleinen Bagen ließ man stehen; Pierre begleitete sie, während sie, die seit sieben Jahren ihre Beine nicht mehr gebraucht hatte, langsam und zaudernd, liebenswürdig umgeschickt und mit der besorgten und doch entzückten Miene eines kleinen Kindes, das seine erste Schritte macht, hinführte. Das war in ruhiger und he-

lich, daß er an nichts mehr dachte, als an das unermessliche Glück, zu einer neuen Jugend wiedergeboren zu sehen. Ach, die teure Freundin seiner Kindheit, die zärtliche Gefährtin längst entschwindender Tage! Endlich würde sie also zum ichönen und reizenden Weibe anblühen, das sie als junges Mädchen einst zu werden versprochen, als sie so häßlich und heiter war in dem kleinen Garten zu Neuilly unter den großen Bäumen, durch deren Laub der Sonnenschein wie durch ein Sieb herabfiel!

Die Menge fuhr fort, ihr stürmisch zuzuschauen; eine ungeheure Menschenmenge hatte sich und begleitete sie. Und als sie in das Haus, in das Pierre allein mit ihr zugelassen wurde, eingetreten war, da blieben alle in fieberhafter Erwartung vor der Türe stehen.

Zu Hause der Beurkundungen wartete an diesem Nachmittag wenig Leute. Der kleine, vieredrige Saal mit seinen glühend heißen Holzwänden, seinen primitiven Mobiliat, den Strohsesseln und den zwei Stühlen von ungleicher Höhe, war außer von dem gewöhnlichen Personal nur von fünf oder sechs Ärzten besetzt, die schweigend heranzogen. Vor den Tischen standen der Vorsteher des Beherdenhauses und zwei junge Ärzte, welche Register in den Händen hielten und in Aktenheften blätterten, während der Vater Dargelès an einem Tische saß und Notizen für sein Journal schrieb. Der Doktor Bonamy war gerade dabei, den Papus der Elise Rouquet zu untersuchen, die sich zum drittenmal vorgelegt hatte, um die fortwährende Verarmung ihrer Wunde bekämpfen zu lassen.

„Nun, meine Herren!“ rief der Doktor, „haben Sie jemals gesehen, daß sich ein Papus in dieser Weise und so rasch bessert? Ich weiß wohl, daß ein neues Werk über den heilenden Charakter erschienen ist. Darin wird gesagt, daß gewisse Wunden einen nervösen Ursprung haben können. Allein nichts ist weniger gewöhnlich, als das, namentlich bei einem Fall von Papus, und es soll nur einmal eine ärztliche Kommission zusammenzutreten und sich darüber einigen, wie sie die Heilung des Fräuleins auf gewöhnlichem Wege erklärt.“

Er unterbrach seine Rede und wandte sich an den Vater Dargelès.

Sie haben doch notiert, Vater, daß die Eiterung vollständig verschwunden ist und daß die Haut ihre natürliche Farbe wieder annimmt?“

Aber er wartete die Antwort nicht ab; denn von Pierre begleitet, trat Marie ein, und beim strahlenden Anblick der durch ein Wand-Gehölz abhüllte er sogleich den Glanzfall, der sich ihm da bot. Er war bewundernswürdig und ganz dazu geschaffen, um die Massen zu begeistern und zu bekehren. Er sagte er Elise Rouquet dank-

fragte nach dem Namen der Neugekommenen und begehrte von einem der jungen Priester deren Aktenheft. Da wollte er sie, da sie taumelte, in den Armstuhl niedersehen.

„Nein, nein!“ rief sie; „ich bin so glücklich, mich meiner Beine bedienen zu können!“

Pierre hatte den Doktor Chassaigne mit den Wunden gesucht und war tief betrübt, ihn hier nicht zu finden. Er hielt sich besetzt und wartete auf ihn, während die in Unordnung befindlichen Schubladen nach dem Aktenheft durchwühlt wurden, ohne daß man die Hand darauf legen konnte.

„Wartet einmal,“ wiederholte Doktor Bonamy, „Marie non Guerjaint...“ Ich habe diesen Namen irgendwo gesehen.“

Rouquet entdeckte schließlich das unter einem falschen Buchstaben des Alphabets eingelegte Aktenheft. Als der Doktor Kenntnis von den zwei Zeugnissen genommen hatte, die es enthielt, geriet er in Eifer.

„Das, meine Herren,“ rief er, „ist nun sehr interessant. Ich bitte Sie, aufmerksam zuzuhören...“

„Das Fräulein, welches Sie hier aufrecht sehen sehen, litt an einer sehr schweren Verletzung des Marks. Hätte jemand den geringsten Zweifel darüber, so würden diese zwei Zeugnisse genügen, auch die Ungläubigsten zu überzeugen, denn sie sind von zwei Ärzten der Pariser Fakultät unterzeichnet, deren Namen allen unseren Kollegen bekannt sind.“

Er ließ die Zeugnisse den antwortenden Ärzten einhändigen, die sie mit leichtem Kopfschütteln lasen. Da gab es nichts abzuleugnen: die Unterzeichner besaßen den Ruf von ehrenhaften und gewandten Praktikern.

„Nun gut, meine Herren, wenn die Diagnose nicht bestritten wird — und sie kann nicht bestritten werden, sobald uns eine Kranke Urkunden von solchem Wert beibringt — dann werden wir jetzt prüfen, welche Veränderungen sich im Zustand des Fräuleins vollzogen haben.“

Aber er begann sich und richtete, ehe er die Grotte fragte, das Wort an Pierre:

„Herr Abbe,“ sagte er, „Sie sind, wie ich glaube, mit Fräulein von Guerjaint hergekommen. Haben Sie vor der Abreise mit den Ärzten gesprochen?“

Der Priester schloß trotz seiner großen Freude einen eifrig Schauer.

„Ich habe der Konsultation beigewohnt.“

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Die Mutter Gottes, Wilschki und die kommende Wahl

Die Formen des polnischen Wahlkampfes sind zum Teil neu und eigenartig. Daß man mit Filmagitation auf die Dörfer zieht, ist heute nichts Unmögliches mehr. Sensationell wird die Geschichte erst durch den Inhalt der Filme. Da tritt nämlich die Mutter Gottes neben dem Marschall Wilschki und dem Legionärsbischof Wandurki auf und dokumentiert damit augenfällig, daß das Volkswort und die „Gnade des Himmels“ beim Marschall und seiner Regierungspartei sind. Die Regierungspartei greift aber noch zu ganz anderen Mitteln anstlicher Wahlbeeinflussung. Die abgestempelten Postkarten tragen seit einiger Zeit einen Extrastempel mit dem Wortlaut: „Wählt Wilschki“ (Wille der Regierungspartei.) Das ist Wilschki'sche Demokratie.

Gleiwitz

Woher stammt das Material aus der „Arb.-Ztg.“?

Die Herren in der Redaktion des „Volksblattes“ glauben wieder einmal, ein paar Köpfe für ihren SPD.-Kuchen gefunden zu haben. Sie entzünden sich darüber, daß wir im Wilschki die Vorgänge auf der Feinschleife behandelt haben und behaupten, daß wir das Material aus dem „Volksblatt“ entnommen und den eblen Geber nicht nur verschwiegen, sondern obenrein noch beschimpft hätten. Welch Schänder Dank! Allerdings können wir dem SPD.-Blatt verraten, daß unser Material von einem so berühmten Gewerkschaftsmann stammt, der sich zuerst an unser Berliner Parteiblatt gewandt hatte. Dadurch waren wir erst einige Tage später als das SPD.-Blatt in der Lage, den Fall zu behandeln.

Die vorliegenden Korrespondenzen, die wir im Interesse des Redaktionsgeheimnisses nicht veröffentlichten können, beweisen, wie lächerlich die Behauptung des Volksblattes ist, das auf sein „geistiges Eigentum“ so fürchtbar stolz ist, obwohl es die Angelegenheit lendenlos behandelt hat. Jeder Segerlehrling in der „Arbeiter-Zeitung“ hätte aus dem Material mehr herausgeholt als die SPD.-Redakteure.

Beuthen

Verfallene Kirche und verfallene Sozialdemokraten. In der Sonnabendnummer vom 25. Februar lesen wir in dem Hindenburg „Volksblatt“, das sich Organ der Sozialdemokratischen Partei nennt, einen Artikel über den Stadtverordneten Genossen U. Schanzky, über seine Rede aus dem Stadtparlament vom 20. 2. 28. in der er den Ausdruck gebraucht haben soll, „verfallene Kirche“. Diese Rede mußte dem päpstlichen Sozialdemokraten sehr auf die Nerven gefallen sein, denn er hat erst am 25. Februar seine Sprache wiederbekommen, trotzdem am 20. 2. die Stadtverordnetenversammlung stattgefunden hat. Ein Arbeiter schreibt uns hierzu: „Ich will Dir, lieber Artikelschreiber, etwas beifügen sein, damit Du beim nächsten Male Deinen Schrotholzberstand nicht wieder verlernt und die städtischen Arbeiter nicht mit der Schrotholzliche verwechselt. Zunächst will ich Dich fragen, ob Dir bekannt ist, an wieviel Kommunisten die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei geknüpft hat. Wenn der Stadtverordnete U. nun in der fraglichen Kommunistenversammlung am 17. 2. geklopft hat, so muß Dir bekannt sein, daß derselbe entschuldigbar war. Und wenn es — wie er schreibt — dem sozialdemokratischen Vertreter allein überlassen war, für eine Erhöhung zu sprechen, dann würde ich Dich mal fragen, ob Deine Koalitionsgesinnung vom Zentrum und den Demokraten Dich im Stich gelassen haben. Doch mit ist das verständlich, denn die städtischen Arbeiter haben schon vom 1. Dezember 1927 ab eine „Lohnhöhung“ von 2 Pf. die Stunde erhalten, darum brauchte sich der SPD.-Vertreter nicht so stark für die Arbeiter einzusetzen. Die Arbeiter können mit dem U. im selben Maße zufrieden sein. Warum Urban mit der Bewilligung von 3000 Mark für die Notleidenden nicht zufrieden war, kannst Du, lieber Artikelschreiber, nicht begreifen, aber wenn Du Dich Sozialist nennst, wie kannst Du da die soziale Not der Arbeiter mit der Schrotholzliche verwechseln? Hätte sich die SPD. ebenso wie der „große Revolutionär U.“ — wie Du ihn höhnisch nennst — für die Notleidenden eingesetzt, so hätten diese die 10 und 20 Mark erhalten. — Der Erfolg, von dem Du Dich so erhaben fühlst, wird vielleicht nicht ausbleiben, denn wir haben ja bald wieder Frühling, Kartoffeln dürfen doch hoffentlich nicht mehr in dieses Kunstwerk hineinkommen, sonst müßte sich der SPD.-Stadtverordnete Herr U. zum zweiten Male einen Erfolg holen. — Was den „großen Freiheitskämpfer U.“ anbetrifft, auch dieser ist wiederum nicht nach Deinem Geschmack. Auch das will ich Dir glauben, denn der Seitenhieb mußte bei Dir gut geheißen haben. Du hast aber vergessen, daß ein Karl Marx gelebt hat und wir nach seiner Lehre zu Kommunisten geworden sind, deshalb werden die Kommunisten derartige Einlassungen immer betätigen. Ich empfehle Dir, Karl Marx Werke zu lesen. — Was nun die „Kunstwerke“ anbetrifft und Du hier den Kölner Dom usw. nennst, so hättest Du auch in Deinem Artikel angeben müssen, wer die Kunstwerke geschaffen hat und welchem Zweck sie dienen. Wie viele Kunstwerke sind vernichtet worden? Ich will Dich an 1914 erinnern. Es waren damals Leute Deines Schlages, die nicht nur für Vernichtung der Kunstwerke (siehe Belgien), sondern auch für Vernichtung von Millionen Proletariatsleben eintraten. Und hätte die SPD. 1914 das Vernichtungswerk verhindert, so bräuchten in der Schrotholzliche keine Karroffeln zu lagern und die 7000 Mark wären den Armen zugute gekommen. — Wo, dann sehe Dich nächstesmal wieder mit Erfolg durch, aber für die notleidende Bevölkerung, nicht etwa für ein Paradies für die notleidenden Schlechte und die Feinschleife, denn dann könnte der zweite Seitenhieb kommen, und der würde Dich noch mehr aus Deinem Häuschen bringen.“

Kreuzdorf, Kreis Cosel. Raubüberfall. Zu dem am hiesigen Ortsvorsteher Schmeda verübten Raubüberfall in seiner Wohnung, wobei Sch. durch Unterleibschüsse schwer verwundet wurde, wird gemeldet, daß Sch. im Krankenhaus in Cosel seinen Verletzungen erliegen ist.

Oppeln

Hungerlohn in der Stadtziegelei.

Die städtische Ziegelei sollten vorbildlich sein. Doch in der Stadtziegelei herrscht schlimmste Ausbeutung. Die Antreiber ist besonders beliebt. Reicher Mann, als hochgeschätzte Kräfte sorgt dafür. Er hat dafür auch vor kurzem circa 700 Mark Lohntiere einstreichen können. Die Arbeiter müssen in jeder Witterung schuften. Bei Regen mal fünf Minuten Unterschlupf oder ein trockenes Kleidungsstück holen, kostet gleich eine halbe Stunde Abzug.

Für 48 Pf. Stundenlohn! Wohlwollend nimmt man die von der Stadt ausgedeuteten Arbeiter nicht unter den Tarif der städtischen Arbeiter, der, wenn auch schlecht, so doch demgegenüber bessere Löhne vorzieht. Der Kampf der Arbeiter in der Ziegelei muß sich um bessere Löhne und gegen die Ausbeutung der vorbildlichen Stadt Oppeln richten.

Wir haben gehofft! Bekanntlich beschäftigten wir uns in der letzten Zeit des öfteren mit der Firma R a n k m a n n von hier. Selbst das Stadtbauamt hat mit dieser Firma böse Erfahrungen gemacht. Dauernd gab es Krach. So wie mit seinen Arbeitern wollte Herr R. scheinbar auch mit dem Amt umspringen. Dabei ist er jedoch böse ins Fettnäpfchen getreten. Vom Stadtbauamt ist, wie die städtische Baudeputation beschloß, jetzt und in Zukunft keine Arbeiten mehr vergeben werden.

Ein Verkehrsbehinderung! In recht schuldiger Weise nahm das neue Blättchen des hiesigen Zentrums zu der am letzten Sonntag veranstalteten Demonstration des Roten Frontlämpers und des Stellung. Der schwarzen Feltung hatte diese Demonstration wahrscheinlich schlaflose Nächte bereitet, denn sie versucht jetzt mit Schlagworten wie Verkehrsbehinderung usw. zu operieren, um die unangenehme Demonstration verbieten zu lassen.

Ein vergebliches Bemühen. Wenn das Zentrumslättchen aber ein wirkliches Verkehrsbehinderung besitzigen will, so machen wir es auf folgende Weise, die uns von einer namhaften Seite zugegangen ist, aufmerksam:

An allen Sonntagen, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr, ist es eine Gefahr, an der Ecke Kirche und Oberstraße zu Fuß oder mit Fahrzeugen hindurchzukommen. Der Bürgersteig und ein Teil der Straße ist voll mit jungen Leuten, hauptsächlich vom Lande, besetzt, die sich trotz aller Aufforderung der Schupo nicht vor- und nicht rückwärts bewegen und sich auch insolge ihrer Anzahl nicht bewegen können. Man kann das Verhalten der jungen Leute, ohne es zu billigen, verstehen. Von ihren Eltern, Verwandten oder gar dem Terror der schleichsich-trommen Nachbarschaft, der sich besonders auf dem Lande noch stark bemerkbar macht, angetrieben, kommen sie nach der Stadt und stellen sich, weil sie durchaus keine Lust zum Rückgange haben, auf die Straße, damit sie auch bestimmt von den lieben Anverwandten gesehen werden und tun so, als ob sie eben aus der Kirche kommen. Wenn hier das schwarze Blättchen große Löhne schwingen würde, wäre es besser für alle, die dort gezwungen sind, in dieser Zeit die Straße zu passieren. Denn es kann dort sehr schnell zu einem Verkehrsbehinderung kommen.

Soweit die Mitteilung. Wir können dies nur die unterzeichnen und hoffen auf baldige Abhilfe.

Was sind das für Löhne? Alle städtischen Arbeiter werden nach dem Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter entlohnt. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gartenbauverwaltung fallen darunter. Wie uns bekannt geworden, sollen den Saisonarbeiterinnen dieser Verwaltung bei der Baustelle Halberdorf nur 30 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. Ist das an und für sich ein Affenlohn, so ist er noch weit unter Tarif. Der Tariflohn beträgt 38,5 Pf. pro Stunde, und die Zulage vom 1. Dezember 1927 in gleicher Höhe 1 1/4 Pf. Herr Oberinspektor, vielleicht geben Sie uns einmal Auskunft, warum die Leute so betrogen werden!

Was bringt der Pflanzgarten an Pacht? Bei der bevorstehenden Etatberatung wird es ganz gut sein, anzufordern, was der Pflanzgarten an Pacht einbringt. Die ständigen Sauggelage des Stadthelms scheinen es mit sich zu bringen, daß sich der Pächter dort, so wie man sagt, eine „goldene Nase“ holt und die Stadt durch niedrige Pacht und verhältnismäßig hohe Gebäudeunterhaltungskosten der Leidtragende ist. Es geht doch nicht an, daß in städtischen Gebäuden Kriegenwinde erzeugt werden, von denen die Stadt nichts hat, sondern dafür noch auf ihre Kosten dem Pächter das Gebäude unterhalten muß.

Vom Auto überfahren. Von einem Auto eines Berliner Kaufmanns wurde ein 62 Jahre alter Mann von der Zweigstraße überfahren, der heute hoffnungslos daniederliegt. Rippenbrüche, Kopfquetschungen und andere Verletzungen ernster Natur sind die Folge des Überfahrens. Die Unfallwache der Arbeiter-Samariter leistete die erste Hilfe und den Abtransport des Verletzten.

Von einem Hunde gebissen. Einem Arbeiter einer Firma aus der Obovorstadt wurde durch einen Hundebiß eine größere Fleischwunde zugefügt. Arbeitersamariter legten den ersten Verband an und führten den Verletzten dem Arzte zu.

An alle Funktionäre der Partei in Oppeln. Diejenigen Genossen, welche noch im Besitze einiger Nummern der Internationalen Presse-Korrespondenz sind, werden ersucht, diese unbedingt im Parteibüro, Sternstraße 4, abzugeben. Es ist beabsichtigt, alle erschienenen Nummern zu sammeln und diese dann gebunden den Parteimitgliedern zugänglich zu machen.

Keine Hauszinssteuerhypotheken. Das Presseamt schreibt uns: Täglich gehen beim Magistrat sehr dringliche Gesuche um Gewährung von Hauszinssteuermitteln in der Stadt Oppeln ein. Es wird daher folgendes bekanntgegeben: Im Rechnungsjahre 1924 sind 228 Wohnungen erbaut und hierzu sind 811 640 Mark Hauszinssteuerhypotheken gewährt worden. Der Durchschnittszuschuß für eine Wohnung beträgt somit 3560 Mark. Im Rechnungsjahre 1925 sind 149 Wohnungen erbaut und hierzu sind 543 000 Mark Hauszinssteuerhypotheken verwendet worden. Der Durchschnittszuschuß für eine Wohnung beträgt 3644 Mark. Im Rechnungsjahre 1926 sind 248 Wohnungen erbaut mit Zuschußnahme von 679 000 Mark Hauszinssteuerhypotheken. Durchschnittlich sind für die Wohnung 3907 Mark Zuschuß gegeben worden. Im Rechnungsjahre 1927 sind die Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuermitteln sehr reichlich eingegangen. Trotzdem ein großer Teil abgelehnt wurde, hat sich der Magistrat gezwungen gesehen, um der Wohnungsnot abzuhelfen, die Genehmigung zur Erbauung von 553 Wohnungen zu erteilen. Die bewilligten Hauszinssteuermitteln betragen 2 127 000 Mark. In diesem Jahre beträgt also der Durchschnittszuschuß für eine Wohnung 3348 Mark. — Unter diesen Umständen müssen alle im Jahre 1928 eingehenden Anträge auf Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken abgelehnt werden.

Außerordentliche Versammlung der Freien Turnerschaft. Am Sonnabend war der Kreisleiter Döblich hier, um über das Thema „Das Wahljahr 1928 und wir Arbeiterportier“ zu sprechen. Die Versammlung wurde vom Genossen Rausch eröffnet. Im allgemeinen schwammen die Ausführungen des Genossen Döblich im üblichen sozialdemokratischen Fahrwasser, von ein paar radikalen Jungensschlägen unterbrochen. Das Referat konnte eigentlich heißen: Hoffnung auf kapitalistische Demokratie. Die Wahlen der verschiedenen Länder im Jahre 1928 zeigte er auf und ging auch auf die Länder selbst ein. Wien erwähnte er mehrere Male, aber sehr verschwommen. Die Erkenntnis des Genossen D. als SPD.-Mann, daß jeder Arbeiterportier in die Gewerkschaft und in die Partei gehört und die Arbeiterportier mehr an der Politik interessiert werden, wollen wir hervorheben. Wirtschaftskämpfe, die Zoll- und Steuerpolitik der Republik freilich verknüpft er die Hoffnung auf einen guten Ausgang der Wahlen. Oesterreich nimmt er allerdings als Beispiel, wo die SPD. viel Stimmen erhielt, aber die Arbeiter durch Geld niederstücken läßt. Zum Schluß forderte Redner auf, sich bei den Wahlen als Mitbewerber zu betätigen.

Genosse S t r o n d i sprach in der Diskussion. Er sagte: alle Länder führte der Referent an, nur den einzigen Arbeiterstaat, die Sowjetunion, ließ er aus. Warum? Weiter führte Genosse Strondt einige

praktische Beispiele kapitalistischer Demokratie an, die wirklich uns als Arbeiter zu keinen Hoffnungen berechtigen können, ferner die frühere Stellung der Republik und der SPD. und die jetzige zum Vorkommen. Gafschmus! Zu wenig geben wir uns damit ab, können so überempfindlich werden wie Itallen und sollen darum Gegenmaßnahmen treffen. Die SPD. wird sich nicht überempfindlich lassen. Zur Anregung Döblich, nicht bloß Sport, sondern Arbeitersport, das ist Sport mit der Politik der Arbeiterbewegung zur Verbesserung unseres Daseins, möchte Genosse S. in der Sportbewegung mehr proletarische Probleme, um alle Sportler zur Politik zu erziehen.

Jugendgenosse Tob stellte die Frage: Wer hat die heutige Reichswehr ins Leben gerufen und wer soll heute wieder für Arbeiterlandbieren?

Genosse Döblich hat das Schlußwort und geht auf die Frage ein und sagt ungern, daß Nostradamus will. Zu den Ausführungen Strondt hat der gute Sportgenosse die Sowjetunion beigefügt. Holt aber gleich etwas nach und kann sich, wenn auch wieder ungern, nicht dabei darüber ausdrücken. Im übrigen gibt er Strondt recht, bremsst aber bei der politischen Aktivierung der Arbeiterportier. Seine Anregung war nur Theorie, Strondt wollte etwas Praxis, und da entlarvt sich sofort der typische Sozialdemokrat. So wollen die neutralen SPD.-Führer aus der Arbeiterportierbewegung Kapital für sich schlagen. Wo die Arbeiterportier nicht auf dem Posten sind, kann ihnen das gelingen. Arbeiterportier, holt euch darum politisches Wissen, tretet ein in die KP. und in die SPD.

Die chinesischen Gefängnisse

Die chinesischen Gefängnisse sind größtenteils einstöckige Gebäude, inmitten riesiger Höfe, umgeben von hohen Mauern. Sehr oft gibt es zwei bis drei solcher Höfe. Um ins Gefängnisgebäude zu gelangen, muß man mehrere Tore passieren. In der Regel werden die chinesischen Gefängnisse ohne Fenster gebaut. Durch schmale Türen gelangt man in einen ziemlich breiten Korridor, an dessen Seite Käfige mit starken eisernen Gittern stehen. Die Käfige sind voneinander durch die Wände getrennt. In jedem Käfig befinden sich zwei bis zwölf Gefangene. Alle sind in schweren eisernen Ketten gefesselt; demütigst einer anderen Kette werden diese am Hals befestigt. In einigen Käfigen werden um den Hals der Gefangenen breite eiserne Ringe geschmiebet; bei der kleinsten Bewegung des Halses reißt der Ring die Haut auf, verursacht Bluten des Halses, der Märtyrer schreit vor Pein. Oft werden die Füße der in den Käfigen untergebrachten Gefangenen in besonderen Vorrichtungen eines Balkens gebunden, die unglücklichen, die an diesen gebunden sind, können sich jahrelang nicht erheben, sind die ganze Zeit sitzend oder liegend zu verbringen. Die menschlichen Bedürfnisse werden im Käfig verrichtet, keiner entfernt den Kot, die stinkende üble Luft erfüllt nicht nur die Käfige, sondern das ganze Gefängnis.

Für Einzelhaft gibt es kreisförmige Kellergeschosse, an deren Seiten einzelne Räume, die voneinander durch die Mauern getrennt sind und kleine abgeperrten Türen haben, eingerichtet sind. In diesen kleinen Zellen stehen an den Wänden wirkliche Holzjäger, und in jedem Sarg ist ein Mensch eingesperrt. Das ist Einzelhaft. Auch hier wird der Kot nicht weggeräumt. In den halbverwesten, menschlichen Körpern dieser Opfer der chinesischen Grausamkeit wimmelt es von Leishmanien.

Die Gefangenen erhalten entweder überhaupt keine Nahrung, und dann sind ihre Verwandten verpflichtet sie zu ernähren, oder sie bekommen ein- bis zweimal täglich eine handvoll Reis in stinkenden Tassen.

Der Mangel an Nahrung, die juchhabaren sanitären Zustände, das wilde Regime, rufen unter den Gefangenen Krankheiten und eine große Sterblichkeit hervor. Selten bleiben die Inhaftierten bis ans Ende ihrer Gefängnisstrafen am Leben. Abgezehrt, schmutzig, gerumpelt, von Geschwüren und Ausjaß bebedt, werden sie bald verrückt, verlieren das menschliche Aussehen und sterben in ihren Särgen.

Fast nie wird ein Unterschied zwischen den politischen und den kriminellen Gefangenen gemacht. Die Politischen befinden sich in denselben Zellen mit den Kriminellen, sind denselben Regime unterworfen und sie haben wenig Hoffnung, aus diesen Totenzimmern lebend herauszukommen.

Der Fünfmarkstein

Von Alfred Seidig.

Den August, mit der Straßenbahn zum Arbeitsnachweis zu fahren, konnte er sich als Erwerbsloser nur gestatten, wenn er an der Haltestelle durch irgendwelche Umstände in den Besitz eines halbabgefahrenen Fahrscheins kam. Er wartete lieber eine halbe Stunde, anstatt zu Fuß zu laufen, weil er dadurch sein sowieso nicht intaktes Schuhwerk schonte. Daß die Straßenbahnaktionäre mit seiner Handlungsweise nicht einverstanden waren, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Im Juli heute in der Straßenbahn ein etwa zehnjähriges, dürrig gelleidetes Mädchen gegenüber, das in der einen Hand eine große, abgegriffene Markttafel, in der anderen ziemlich lose einen Fünfmarkstein hielt.

Er konstatierte das ansatzlos, ohne sich dabei irgendwas zu denken. Ihn beschäftigte übermäßig stark, aber doch verständlicherweise das Problem, wie er mit seiner Familie die nächsten zwei Tage bis zur Zahlung der Erwerbslosenunterstützung durchkommen sollte. Er sah keinen Ausweg, keine Möglichkeit, Geld zu beschaffen, so sehr er sich auch das Gehirn zermarterte.

Sein Blick fiel wieder auf das kleine Mädchen und den Fünfmarkstein, den es in der Hand hielt. Fünf Mark war zwar keine schwindelerregende Summe, trotzdem konnten sie ihm über den Berg helfen. Er rechnete bereit: zwei Brote, ein Pfund Margarine, zehn Pfund Kartoffeln, ein halbes Pfund Suppenfleisch, ein Pfund Salz, ein halbes Pfund Gerstenlauge...

Er mußte unwillkürlich lächeln. Keinen Pfennig hatte er in der Tasche, und dabei machte er bereits Einkäufe wie ein kleiner Krösus. Zugleich fiel sein Blick wieder auf den Fünfmarkstein, den das Kind ahnungslos in der Hand hielt.

Ein eitelhafter Gedanke durchfuhr ihn. Wenn er den Geldschein an sich brachte, geschickt, ohne daß jemand davon merkte — was war dann? Er hatte zwar keinerlei Erfahrungen auf diesem Gebiet, aber in der Not soll ja bekanntlich der Teufel fliegen!

Wieder fiel sein Blick auf das Mädchen, das sorglos aus dem Fenster blickte. Eine Tracht Krüge bekam es selber, wenn es ohne Geld und Ware nach Hause kam. Er hatte in seiner Jugend manche Abreibung erhalten und war davon nicht zugrunde gegangen. Aber war denn das der ausschlaggebende Faktor? Er schüttelte sich innerlich. Auf was für Gedanken kam man doch, wenn man in der Not war! Würde denn seine Lage wesentlich gebessert, wenn er seinen Arbeitsbruder schädigte, der vielleicht noch im Produktionsprozess stand und trotzdem nicht satt und nicht froh wurde?

„Du mußt den Schein ordentlich in die Hand nehmen, damit du ihn nicht verlierst“, sagte er zu dem Kinde hinter sich, um dann den Wagen zu verlassen, trotzdem er noch nicht am Ziel war.“

Um die Erleichterung der Ehescheidung

(Fig. Ber.) Berlin, 29. Februar.

Seit geraumer Zeit behandelt der Rechtsausschuss des Reichstages Anträge, die eine Erleichterung der Ehescheidungen bezwecken. Die kommunistische Partei hat einen grundsätzlichen Gesetzentwurf beantragt, der ein vollkommen neues, vom proletarischen Gesichtspunkt festgelegtes Eherecht fordert. Die Sozialdemokraten forderten in ihren Anträgen nur eine Milderung der bürgerlichen Ehescheidungs-gesetzgebung.

Der Unterausschuss des Rechtsausschusses hat in einigen Sitzungen Kompromißanträge ausgearbeitet, die eine Scheidung im Falle einer objektiven Zerrüttung einer Ehe ermöglichen. Da eine Zerrüttung der Ehe bisher kein Scheidungsgrund war, ist in den Forderungen des Unterausschusses immerhin eine Verbesserung der Rechtslage zu erblicken, so daß Zentrum, Deutschnationale und Bayerische Volkspartei den schärfsten Kampf proklamierten.

Nach dem genannten Antrag ist u. a. eine Ehescheidung möglich, wenn

1. eine tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine Fortsetzung einer Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten ist und die Ehegatten mindestens ein Jahr getrennt leben;
2. eine fünfjährige Trennung der Eheleute im beiderseitigen Einverständnis feststeht, auch ohne die Feststellung einer Zerrüttung der Ehe;
3. infolge einer Geisteskrankheit oder krankhafter Geisteszustände (Psychopathen usw.) die Aussicht auf Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft zwischen den Ehegatten ausgeschlossen ist.

Als einschränkende Bestimmung ist eingefügt worden, daß der Ehepartner, der an der Ehezerstörung schuld ist, keine Scheidungs-lage beantragen kann, und daß die materielle Auseinandersetzung (Unterhaltspflicht) Voraussetzung der Ehescheidung ist.

In der Rechtsausschuss-Sitzung vom 28. Februar tobten Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Zentrumslinke überhaupt gegen eine Beratung dieser Anträge, da sie im Programm der Bürgerblock-regierung nicht enthalten seien. Mit 14 Stimmen der SPD, KPD, Demokraten und Deutschen Volkspartei gegen 12 Deutschnationale, Zentrumslinke und Wirtschaftler wurde jedoch die Beratung beschlossen.

Liquidationschäden und Notprogramm

(Fig. Ber.) Berlin, 29. Februar.

Nach dem langen Kuhhandel der Bürgerblockparteien trat der Ausschuss für Liquidationschäden am Dienstag erneut in die Verhandlung des Gesetzentwurfes ein. An Stelle der Regierung gab der Abgeordnete Dauch die neuen Änderungen und Sätze bekannt.

In der erneut aufgerollten Generaldebatte richtete Genosse Jadasch an die Regierung die Anfrage, ob es zuträfe, daß die Großverbände der Geschädigten etwa eine Viertelmillion Mark jähr-lich Subventionen oder Korruptionsgelder erhalten. Die Regierung erklärte, daß ihr dies nicht bekannt sei. Den weiteren Anfragen der kommunistischen Fraktion in Hinsicht auf die Selbst-schutzschäden in Oberschlesien wie auch die Entschädigung des Existenzverlustes verhielt sich die Regierung ablehnend.

Die Summe für den Härtefonds soll von 10 auf 30 Millionen

Mark erhöht werden. Nach den neuen Sätzen soll der Verlust bis 4500 Mark voll entschädigt werden.

Bei 10 000 Mark beträgt die Entschädigung 72,5 Prozent, bei 20 000 Mark beträgt die Entschädigung 61,25 Prozent, bei 50 000 Mark beträgt die Entschädigung 42,5 Prozent, bei 100 000 Mark beträgt die Entschädigung 33,75 Prozent, bei 200 000 Mark beträgt die Entschädigung 26,88 Prozent.

Nach Abschluß der Generaldebatte trat der Ausschuss in die Spezialdebatte ein.

Die nach dem Notprogramm mehr zugebilligten 300 Millionen für die Liquidations- und Gewaltgeschädigten kommen also restlos den Großgeschädigten zugute.

Ein neuer Amnestievorstoß im Reichstag

Berlin, 29. Februar. (Fig. Drahtb.) Im Rechtsausschuss des Reichstages, der am Dienstag die Ehescheidungsreform beraten sollte, unternahm die kommunistische Fraktion einen neuen Vorstoß in der Amnestiefrage. Genosse Stoeder forderte, daß sofort nach

Geheimberatung über die Reichswehrstandale

(Fig. Drahtb.) Berlin, 29. Februar.

Am Dienstagvormittag fand im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz von Groener eine geheime Besprechung des Reichswehr-ministeriums mit den Parteiführern über den neuesten Sped-standale des Kapitän Lohmann statt. An der Besprechung nahmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und auch die sogenannten Oppositionsparteien: Sozialdemokraten und Demokraten teil. Von den Demokraten der Abgeordnete Haas, von den Sozialdemokraten Hilferding und Heinig.

Von dieser Besprechung, von der natürlich die Kommunisten ausgeschlossen waren, erfuhr man nur zufällig durch die Tatsache, daß Genosse Stoeder aus anderen Gründen das Zimmer Nr. 18 betrat und dort das obengenannte Konfitorium vorfand. Leider fand die Geheimberatung kurz nach Eintritt Stoeders ihr Ende. Es ist sehr interessant, daß sich auch die Sozialdemokraten, die nach außen hin immer Opposition mimten, an betriebligen Geheimbesprechungen beteiligten.

Kleine politische Nachrichten

Die Zentrumsfraktion stimmt der ersten Rate für den Panzerkreuzer zu. M. Berlin, 28. Februar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich am Dienstagabend in längerer Aussprache mit Fragen des Marinestats. Es wurde schließlich mit Mehrheit be-

schlossen, der im Etat angeordneten ersten Rate für den Bau eines Panzerkreuzers zuzustimmen.

Preussischer Landtag

Die SPD. für die bei den Behörden beschäftigten Kriegsbeschädigten

(Fig. Drahtb.) Berlin, 29. Februar.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat gelegentlich der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums folgenden Antrag gestellt: „Das Staatsministerium wird ersucht:

1. durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die kriegsbeschädigten Inhaber des Anstellungsscheins, die seit wenigstens 2 Jahren im Staatsdienst beschäftigt sind, mit möglicher Beschleunigung als Beamte angestellt werden;
2. alle Dienststellen anzuweisen, bei einem eventuellen Abbau von Hilfskräften und Angestellten Letzfalls als Kriegsbeschädigte zu entlassen.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen wagten die Vertreter der übrigen Parteien nicht, dem Antrage zu widersprechen. Er wurde bei der Abstimmung angenommen.

Mussolini antwortet am Sonnabend. M. Berlin, 29. Februar. Wie die Berliner Blätter aus Rom melden, erklärte Mussolini in der Kammer, daß er in der Sitzung am nächsten Sonnabendnachmittag die Interpellationen bezüglich der Vorgänge im Wiener Parlament beantworten werde.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Italien. Mailand, 27. Februar. Im vergangenen Jahre hat sich die Arbeitslosigkeit nach den teils amtlichen und teils von Unternehmerseite und fachistischen Gewerkschaften stammenden Angaben von 181 000 im Januar 1927 bis auf 214 000 im Dezember 1927 erhöht. Dazu ging die Zahl der Kurzarbeiter im Laufe des Jahres sprunghaft in die Höhe und erreichte im Dezember 140 000. Diese Zahlen dürften eher zu niedrig als zu hoch gegriffen werden. Die Regierung hofft, daß die landwirtschaftlichen Frühjahrsarbeiten von den 130 000 Arbeitslosen in der Landwirtschaft einen Teil wieder auffangen wird.

Neue Kämpfe in Mexiko. M. New York, 28. Februar. Wie aus Jalisco (Mexiko) gemeldet wird, kam es dort zu einem heftigen Gefecht zwischen Regierungstruppen und Rebellen, wobei 33 Rebellen und vier Regierungssoldaten getötet wurden.

Die Insel Samoa unter strenger Zensur. M. London, den 28. Februar. Nach Berichten aus Wellington hat die neuseeländische Regierung in Apia eine Zensur für alle telegraphischen Mitteilungen von der Insel Samoa eingerichtet. Durch eine Kabinettsorder wird dem Verwalter von Samoa Vollmacht gegeben, alle Telegramme zu zensurieren oder ihre Abendung überhaupt zu verhindern.

Frühlingshoffnung

Nun sind die Spießer wieder guter Laune. Die Aktien steigen bei der Brauerei. Man tummt den Seelenad ins dunkelbraune Gebräu und bricht Gemütslichkeit vom Zaune, Bis nachts um drei.

Der letzte Taler wird ans Wein gebunden. Es rauscht ein unparteilicher Gesang Aus Kehlen, die sich irgendwo gefunden. Die Weltanschauung ist in diesen Stunden Nicht von Belang.

Burgfrieden herrscht in jeder Reichstagsfraktion. Die Linke laut sogar den Zentrumsköhl. Für diese lokale Unterstützung Kriegt man vom Vatikan die Weihespritzung. Und das tut wohl.

Es schießt der Untertan durch die Gardinen, Wo seine Kaiserin jetzt verblüdet. Dem neuen Leben blut aus den Ruinen. Hermine ist bei ihrem Volk erschienen, Das dankbar stiert.

Die Parasiten kriegen Lustgefühle; Man tanzt bis früh um sechs allerwärts. Der Proletarier geht zur Knochenmühle. Er wittert Lese in die Morgenfühle:

Es riecht nach März!

Erich Weinert.

Der „Schmoller“

„Der Schmoller ist ein Lump!“ „Der Schmoller ist ein Einbrecher!“ Der Schmoller! Der Schmoller, und immer wieder hörte ich vom „Schmoller“, der die Gegend unsicher macht und im Nachbar-dorf seine „Höhle“ haben soll.

Ich kam viel zu den Bauern, und da erfuhr ich Geschichten vom Schmoller, daß mir die Haare zu Berge standen. Er schien eine

zweite Auflage von Europas größtem Räuberhauptmann zu sein.

„Ja, dem Rittergutspächter hat er ein Schwein gestohlen! Leider konnte er, trotz zwei Monaten Untersuchungshaft, nicht überführt werden.“ „Der beim Gastwirt das Rad gestohlen hat, kann nur der Schmoller gewesen sein.“ „Aber zu der Zeit sah er doch!“ „Nun, dem Schmoller ist alles zugutzuhalten!“ „Schulgeld soll er die Kartoffel-mieten aufgerissen haben.“ „Das waren aber doch Handwerksbür-schen?“ „Das stimmt schon, aber der Schmoller wird trotzdem seine Hand mit im Spiele gehabt haben!“ „Weim Baron hat er Karndel in der Schlinge gefangen und dabei haben sie ihn aber mal gefappt. Drei Monate hat er getriegt!“

Alles das und noch mehr sollte der böse Schmoller getan haben. Arbeit brauchte er nicht, wenn er nur mit seiner Cippe die armen Bauern brandschlagen konnte.

Kurzum, man hatte mir den Schmoller so dargestellt, daß ich anfang, für den Kerl Interesse zu gewinnen, und wenn ich das Fazit aus all den Bauernreden zog, müßte ja der Bruder ein verfluchter Junge sein. Für „solche“ hatte ich schon immer etwas Neigung. Möchte die Neigung von meiner Kindheit herrühren, in der ich gern Räuberschwarten las, ich weiß es nicht, aber eines Tages stand ich vor dem als „Höhle“ bezeichneten Haus, um den Schmoller näher kennen zu lernen.

Eine Höhle war's nun gerade nicht! Verloren lag das Haus allerdings aus, und den zwei Kindern, die im Hofe spielten — ehrlich gesagt — ich hätte keinem von beiden die Hand geben können, ohne an ihnen festzukleben.

Ich trat in das Zimmer. Leer! Aha! Scheinbar war der Schmoller wieder auf irgend einer seiner Raubtouren.

„Was wollen Sie hier?“ brüllte eine Stimme.

Vor Schreck mußte ich mich anhalten, denn hinter'm Ofen kam der Schmoller vor. Glattrasert wie alle Zuchthäuser. Der Kopf wie ein Bulle; speckig und dreckig sein Anzug; barfuß! Rein, wenn ich mir auch den Schmoller schlamm vorgekehlt hatte, aber so doch nicht! Gestalt lief es mir den Rücken herunter. Kaum daß ich stam-meln konnte: „Brauchen Sie...“, da brüllte mich schon der Schmoller an: „Haus aus meinem Haus, solches Gesindel wäre mir schon recht!“ „Gesindel!“ sagte er zu mir, er, der Verbrecher!

Draußen mußte ich erst mal richtig Luft holen und meinen Kopf beschälen, denn ich glaube, er warf mir einen Haisfuß nach. Ich war so verdattert, daß ich mich in die nächsten Häuser gar nicht hin-eintraute, um meine Waren anzubieten.

Ja, ja, die Leute hatten mit ihrem Urteil über den Schmoller recht! Er war ein Lump, Grobian, Einbrecher. Nur wunderte es mich, einmal gehört zu haben, daß er unter kleinen Leuten immer noch Anhänger haben sollte. Wahrscheinlich Helfershelfer!

Aur Dorfende kam ich etwas zu mir und trat, mehr um mein Herz zu erleichtern, als zu handeln, in ein Häuschen ein. Zu der Küche traf ich die Frau, und auf dem Stuhle saß ein

Mann und ließ ein Kind auf den Knien reiten. Ein anderes Kind schruppte an einem Holz. Der Mann, ein kräftiger Dreißiger im Hemdärmel, etwas roten Haaren, frag mich: „Nun, mein Freund, was willst Du?“

„Ja, das war ein anderer Empfang als da drüben beim Schmoller, und ich erleichterte mein Herz.“ „..... Ich komme jetzt gerade von dem Schmoller! So ein Subjekt ist mir noch nicht vorgekommen, und ich reise doch gewiß weit herum...“

Die Frau am Herd wurde rot und der Mann fuhrte. „Schmoller?“ sagte die Frau, „Schmoller sind wir doch!“ „Wasas?“ Wir sind mein Herz still! Also vorhin ins falsche Haus geraten! Verdammte, ich sah mein Ende!

Der „richtige“ Schmoller ließ etwas unzufrieden das Kind von den Knien fallen und packte mich beim Kragen.

„Wer hat Dir erzählt, daß ich „Schmoller“ genannt werde, wo ich doch Bethe heiße, und wer hat Dir den ganzen Mist über mich erzählt?“

„Die Bauern,“ winnerte ich. „Ah, die Bauern! Diese Lumpen! Wohl, weil ich nicht für einen Dumbdel bei ihnen arbeite? Wohl, weil sie mich nicht mehr im Steinbruch brauchen, weil ich ein „roter Hezer“ bin? Wohl, weil ich ein Rüdgrat beste? Ein Rüdgrat!“

Seine Augen rollten fürchterlich! Aber sonderbar, meine anfäng-liche Angst schwand, denn ich merkte bei jedem Wort, daß er herbor-sprubelte, daß sich hinter dieser rauhen Schale eine gute Kern ver-barg. Mein Schmoller alias Bethe war gar nicht das mir geschil-derete Ungeheuer, sondern ein „Kater“, der sich von den Großbauern nicht auf dem Kopfe herumtreten ließ!

„Ja,“ sagte er, nachdem er mir seine Geschichte erzählt hatte, „und auf das Konto der Katen wird eben alles geschoben. Siehst Du, wenn ich mich auch einmal versehen und einen Eimer Kartoffeln geholt habe (es war in der schlimmsten Zeit), das berechtigt die Blase doch nicht, mich bei jeder Sache, die hier vorkommt, zu verdächtigen und ins Gefängnis zu werfen. Außerdem, der, der Dich heraus-geschmissen hat, ist ein eherner Gemeindevorstand und hat dabei die Gemeinde schwer genetzt und nachher das Geld verpielt. Er ist und bleibt angefahren, trotzdem er viel mehr auf dem Gewissen hat. Aber ich, ich bin der „rote Hezer“ und „Verbrecher“, weil ich für die Lumpen kein Elend sein will! Lieber verrede ich, als für die paar Dreier meine Familie an die Großbauern zu verschachern! Ein-mal kommt die Zeit, und dann wird's auch mal anders!“

Ich sah mir den Schmoller genau an. Ja, richtig, der Rücken konnte sich nicht bücken, das glaubte ich ihm gern, und wie in einer Höhle sah es bei ihm auch nicht aus.

So lernte ich den Schmoller kennen, und ich glaube, hätten wir noch mehr solche „Schmoller“, den Großbauern würde es immer wärmer um die Hosen werden.

Breslau

Max Ihmann auf dem Totenlager



Von Grünberg ging folgendes Telegramm ein: „Unserem un-
vergesslichen Genossen Ihmann ein letztes „Hell Sojale“!
Unterzeichner und Ortsgruppe Grünberg
von SPD. und KPD.“

Gewerkschaftsmitglieder, Laschen zu!

Wie wir erfahren, wird das Gewerkschaftsstatut Sammel-
listen für ein Gedenkmal herausgeben.
Die Kasser-Wiesch listeten sich damit erneut eine Probestatun
aller Klassenbewussten Mitglieder.
Obert, der Präsident der großkapitalistischen Republik, der sich mit
realistischen Generälen, mit Intellektuellen zur blutigen Nieder-
schlagung und wirtschaftlichen Aniederung verband, der Obert des § 48,
der Sanktgeflüchte, der Willkürstatut, des Reichswehrministeriums
nach Sachfen, verdient ein Denkmal der Bourgeoisie
diese neben Hinbenburg. Sein Denkmal ist das Pfaffen-
Kreuz, das auf seinem Grabe steht. Ein Klassenbewusster Arbeiter
hat für diesen Freund der Sinnlos-Groener-Sedat-Opfer nur 5 Pf
und Beachtung übrig.
Das Gewerkschaftsstatut aber will ihm, gemeinsam mit dem
Reichsbanner, ein Denkmal setzen. Die Gewerkschaftsmitglieder
sollen also zusammengehen mit Demokraten, mit der Bürger-
blockpartei des Zentrums. Das hat selbst der sozialdemokratische
Ortsverein Breslau abgelehnt. Den Kasser-Wiesch aber ist kein
Schritt provokatorisch und verräterisch genug.
Deshalb Laschen zu!

Betriebsratswahlen im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau

Bei dem vorläufigen Ergebnis zur Betriebsratswahl der Betriebs-
räte für die Eisenbahn im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau sind
geählt worden: Für den Einzelverband der Eisen-
bahner Deutschlands 11708 Stimmen, für die Gewerks-
schaft Deutscher Eisenbahner 1417 Stimmen, für den Allgemeinen
Deutschen Eisenbahnerverband 1216 Stimmen und für den Industrie-
verband 282 Stimmen. Das Ergebnis ist ein Sieg für die freigewerks-
chaftliche Eisenbahnerbewegung.

Baron von Seydlitz, der Betrüger

Vor dem Einzelrichter stand der Baron Kurt v. Seydlitz, ein
Kürschlein von noch nicht ganz 21 Jahren. Angeklagt war er wegen
Betruges in zwei Fällen. In dem einen hatte er sich einhundert
Mark gegen Wechsel geliehen, die er dann nicht zurückzahlte. In
diesem Falle wurde er freigesprochen. Die zweite Anklage stützte sich
auf die Schulden, die er bei einer Frau Profer, bei der er wohnte,
gemacht hatte. Dem Manne der Frau Profer hatte er vorgeschworen,
er hätte ein Gut gekauft, auf dem sein Sohn Stellung finden könnte.
Da in diesem Falle die Betrugsabsicht des Barons ganz offensichtlich
lag, mußte er verurteilt werden. Das Gericht war sehr milde, denn
das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

Zwei schwere Sittlichkeitsverbrechen vor Gericht

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Große
Schöffengericht gegen einen 23jährigen Arbeiter. Dieser hatte sich mit
einer älteren Witwe verheiratet, an deren 13jährigen Tochter er sich
einmal vergewaltigt. Das Verbrechen hatte Folgen und das Kind wurde
Mutter. Der Angeklagte hatte sowohl in der Voruntersuchung wie
auch vor dem Richter ein volles Geständnis abgelegt. Er sei damals
betrunken gewesen und nur darauf sei die Tat zurückzuführen. Er
wolle nunmehr mit aller Kraft für seine Stiefmutter und deren Kind
sorgen. Entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts erkannte das
Gericht auf die Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis und
bewilligte ihm außerdem eine dreijährige Bewährungsfrist.

Ein anderes Sittlichkeitsverbrechen, das vor dem gleichen Gericht
zur Verhandlung kam, wurde dem Arbeiter Max F. zur Last gelegt.
Ein zehnjähriges Schulmädchen war vor einiger Zeit von einem un-
bekannten Manne vergewaltigt und dabei mit einer Geschlechts-
krankheit angesteckt worden. Das Mädchen bezeichnete den
Angeklagten als Täter, während dieser entschieden leugnete. Er wurde
freigesprochen, da ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden
konnte.

Der erste süddeutsche wissenschaftliche Arzttag

Am Sonnabend begann in Breslau der erste süddeutsche wissen-
schaftliche Arzttag. Verbunden mit der Tagung ist eine größere An-
zahl von fachärztlichen Tagungen mit sehr viel Vorträgen und Vor-
führungen. Zusammengetreten waren die Süddeutsche Augenärzte-
vereinigung, die Jahresversammlung der Vereinigung süddeutscher
Physiater und Neurologen, die Süddeutsche Chirurgenvereinigung,
die schlesische dermatologische Gesellschaft, die süddeutsche Gesellschaft
für Geburtshilfe und Gynäkologie, die Vereinigung süddeutscher
Gals-, Nasen- und Ohrenärzte und die süddeutsche Tuberkulose-
gesellschaft. Am Freitagabend ging dem vierhundertsten Verbands-

„Zehn Jahre Rote Armee“

Eine würdige Breslauer Gedenkfeier

Breslau, 20. Februar.

Der Rote Frontkämpferbund hatte für gestern abend zu
einer Demonstration mit anschließender Kundgebung als Fester
des 10. Jahrestages der Roten Armee aufgerufen.

Um 20 Uhr sammelten sich auf dem Neumarkt die ein-
zelnen Abteilungen des RFB. Unter Botantakt der Kapellen
führte der starke Demonstrationzug durch die Straßen der
Innen- und Westvorstadt nach dem Zentralfriedhof auf
den Westendfriedhof.

Nach 21 Uhr begann dort die Kundgebung. Kamerad
Rabens eröffnete dieselbe mit kurzen Worten der Be-
grüßung. Anschließend hielt Kamerad Wolke die An-
sprache. In leicht verständlicher Weise legte er den Beginn der
russischen Revolution, die ersten bewaffneten Kämpfe der Arbeiter-
garde, den Vorstoß der weißgardistischen Generale und den in
ihrem Rücken beginnenden Kampf der Partisanentruppe vor den
den aufmerksam aufschenden dar. Ausführlich schilderte er das
Werden und den Aufbau der Roten Armee und die Verdienste
jener Männer, die dieses Heer zu der von der Bourgeoisie ge-

fürchtet und von der Arbeiterklasse aller Länder geliebten
Waffe der russischen Arbeiter und Bauern gemacht haben: die
Verbleibe eines Trahls, Krämpfe, Subjont. Kamerad Wolke
schloß unter tosendem Beifall mit einem begeisterten Appell
an die deutschen Arbeiter und mit Kampfesgrüßen an die Rote
Armee.

Nach einer kurzen Pause begann Josef Peim vom den
Vereinigten Theatern mit den Rezitationen. Es war ein Ge-
nuß, ähnlich wie in der 10-Jahre-Feier der russischen Revolu-
tion, beim Revolutionsgedichte vorzutragen zu hören. Er leitete
mit einem Gedicht von Bertolt Brecht ein. „Die Hauptstraße“
von Weinjan Wjodny und die „Feuerreiter von Belostok“
folgten. Immer wieder durchbraute begeistertes Beifall den
Saal, der sich noch steigerte, als Peim die „Rote Armee“ in
wichtigen Rhythmus vortrug. Fast atmbeklemmend wurde es
als die Schlussszene „Schwarz an Weiß“, meisterhaft
gesprochen, alle Zuhörer ergriff. In dem Beifall, der Josef
Peim gezollt wurde, mitschloß sich die große Rote
Armee und auf Sowjetrußland. Nur langsam löste sich dann
unter dem Gesang der „Internationale“ der große Saal.

Immer neuer Siedlungsschwindel

Der Druck der Wohnungsnot und der Wunsch der unlet be-
wohnungslosen Bevölkerungskreise verleiht noch immer
Siedlungsschwindel, sich ungewissen oder solchen Siedlungskun-
nehmungen anzuschließen, die wegen der Unzulänglichkeit ihrer Mittel
nicht in der Lage sind, größere Vorhaben durchzuführen. Im
umgekehrten Verhältnis zu der oft überhaupt nicht vorhandenen oder
nur sehr bescheidenen, jedenfalls bisher durch nichts bewiesenen
Leistungsfähigkeit solcher Unternehmungen stehen die großsprecherischen
Anpreisungen umfangreicher Siedlungspläne, die oft genug in den
bürgerlichen Tageszeitungen zu lesen sind und den Anseheln erwecken,
daß durch Gründung oder Anschluß an solche Unternehmungen bei
Vorteilhaftem rascher zu einer Heimstätte verschaffen werden könnte. Be-
zeichnend für solche Anpreisungen aus neuerer Zeit ist die in den
„Neuesten Nachrichten“ erschienene Anknüpfung, daß in einem Bres-
lauer Vorort 600 Einfamilienhäuser „ohne Baukosten“
„aufschuß“ erbaut werden sollten. Eine andere Anpreisung laßt zur
Teilnahme an einer Kriegerheimstätten-Siedlung im west-

lichen Stadterweiterungsgebiete ein, kündigt schon großspurige Namen
von Genossen usw. für Plätze und Straßen der Siedlung an, spricht
von dem im April einsetzenden Baubeginn, ohne daß die Unterlagen
für ein größeres Siedlungsbauprojekt irgendwie gesichert sind und
ohne daß überhaupt geklärt ist, daß beim Unternehmungen die Unter-
stützung aus Hausinspekturmitteln gewährt wird, ohne die Wohnungs-
bauprojekte für die minderbemittelten Kreise keinesfalls durchführbar
sind.

Es wird daher nochmals dringend darauf aufmerksam gemacht,
allen solchen Ankündigungen mit Mißtrauen zu begegnen und
über die Zuverlässigkeit solcher Unternehmungen und die Aussichten
der Verwirklichung angekündigter Vorhaben Erkundigungen bei
der zuständigen Stelle (soweit es sich um das Eingemeindungsgebiet
handelt beim Bauamt Stadterweiterung, Blücherplatz 18, für das
jetzige Stadtgebiet bei der technischen Abteilung für Kleinwohnungsbaa,
Blücherplatz 14, werktäglich von 10 bis 12 Uhr) einzuholen.

Frauenversammlung

Freitag 20 Uhr im „Bergteiler“.

„Warum haben wir nicht das Nötigste zum Leben?“ Referentin

Rosa Wolfstein-Berlin. Theaterklub, Regitation.

Eintritt frei.

Frauenabteilung der KPD.

programm eine Festvorstellung im Stadttheater voraus. Am Sonn-
abend wurden die Gäste in den Festräumen des Rathauses von der
Stadt Breslau begrüßt. Annähernd 600 Personen waren der Ein-
ladung gefolgt. Oberbürgermeister Dr. Wagner begrüßte die Er-
scheinenden.

Achtung, Leser der „Arbeiter-Zeitung“!

Um unseren Lesern den schriftlichen Verkehr mit der Redaktion
zu erleichtern, ist an der Tür der Buchhandlung Feldstraße 60 ein
besonderes für die „Arbeiter-Zeitung“ bestimmter Briefkasten an-
gebracht worden. Dieser wird täglich in den frühen Morgenstunden
geleert.

Agitprobabteilung

Donnerstag 20 Uhr, Artillergarten, Sitzung. Sämtliche Stadt-
teile und Nebenorganisationen müssen vertreten sein.

Furchibarer Straßenunfall. Gestern nachmittag stürzte ein Uhr-
macherlehrling, Berliner Straße 13 wohnhaft, mit seinem Rade Ede
Altenstraße-Andersstraße. Von einem Gespann des Bürgerlichen
Brauhauses trat das Leinwandpferd dem auf dem Fahrdamm liegenden
Radfahrer derart heftig auf den Kopf, daß er eine schwere Schädel-
verletzung davontrug, ihm ein Auge herausgerissen und die rechte
Gesichtshälfte total aufgerissen wurde. Der Schwerverletzte wurde in
bestmöglicher Weise in einen Hausarzt gebracht und von dort
nach dem Allerheiligen-Hospital; an seinem Aufkommen wird ge-
zweifelt.

Ein Stüchchen Pfaffenpiegel. Ein von der Kirche gehellter
Arbeiter A. B. schreibt uns: Ich wurde in St. Adalbert durch
Pfarrer Jennig getraut. Schon vierzehn Tage vorher erzählte
ich ihm, daß ich Stempel geben und nebenbei noch mit einem Jungen-
leiden befaßt sei, was mich von jeder Arbeit zurückhält. Ich wollte
deshalb die Trauungsgebühr ermäßigt haben. Er meinte aber, als
Kirchenoberhaupt von St. Adalbert könne er das nicht machen, ich
solle zum Küster hinuntergehen. Dieser Küster jagte nun zu mir:
„Sie können ja während der Trauung stehen, da sparen Sie schon
für 5 Stühle je 0,50 Mark = 2,50 Mark. Da ich dies ablehnte,
schickte er mir eine Rechnung auf von etwa 18 Mark. Das war für
mich jederzeit zwei Wochen Stempelgeld, und so etwas nennt sich
selbstsorgende Kirche! Das Messerschmied aber war, daß der Küster,
trotzdem er wußte, daß ich stellungslos bin, mit zwei Messinghaken
kurz nach der Trauung herantam (eine für den Pfarrer, die andere
für den Küster). Wo blieb mir nichts übrig, als daß ich als
Stempelstüber noch einen Obulus spendete.“

Breslauer Jugendherbergen. Die beiden Breslauer Jugend-
herbergen, An der Matthiaskunst und auf dem Sonnenlande, hatten
sich im vergangenen Jahre eines überaus guten Besuches zu erfreuen.
Es wurden in der Zeit vom 1. Januar 1927 bis 31. Dezember ins-
gesamt 7376 Übernachtungen gezählt, von denen 6768 auf männliche,
1620 auf weibliche Gäste entfielen. Die am 8. September v. J. in
der Grasschaft Glatz, unweit Reinerz, durch die Ortsgruppe Breslau
für Deutsche Jugendherbergen eröffnete neue Herberge „Menschen
zum goldenen Stollen“ brachte es während der knapp vier Monate
bis zum Schluß des Jahres 1927 auf 142 Übernachtungen.

Neue Fahrkartenverkaufsstelle der Straßenbahn. In dem Hause
Elisabethstraße 4 hat die Straßenbahnverwaltung größere Geschäfts-
räume gemietet, in denen die Verwaltung zunächst eine Fahrarten-
verkaufsstelle eingerichtet hat. Die Abonnenten können dort Reis- und
Streckenarten sowie Gültigkeitskarten für familiäre Partienarten
ohne Preisausschlag erwerben. Die Verkaufsstelle ist täglich von
8 bis 10 Uhr, am ersten und letzten Werktag jeden Monats bis
18 Uhr geöffnet. In kurzer Zeit wird in diesen Räumen auch die

Fundschaffenverwahrfstelle der städtischen Straßenbahn untergebracht
werden.

Schwerbeschädigte und Arbeitgeber. Das städtische Wohlfahrts-
amt, Fürsorge für Kriegsschadigte und Kriegshinterbliebene, schreibt
uns: Die Bekanntmachung vom 15. Februar 1928, wonach nach § 10,
Abs. 1 des Schwerbeschädigtengesetzes, alle privaten Arbeitgeber in
Breslau-Stadt, die mehr als 15 Arbeitnehmer beschäftigen, auf vor-
geschriebenen Fragebogen bis zum 29. Februar d. J. Auskunft über
die Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer zu geben haben, ist
nicht allgemein beachtet worden. Wir machen ausdrücklich auf die
Strafbestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes aufmerksam,
die im Interesse der Allgemeinheit der Schwerbeschädigten tadschloslos
zur Anwendung gebracht werden müssen, wenn die Auskunftserteilung
innerhalb der vorgesehenen Frist unterbleibt.

Büroverlegung. Das Stadamt für Leibesübungen bezieht am
Dienstag seine neuen Räume im Hause Büttnerstraße 81. An diesem
Tage bleiben die Büroräume des Stadamtes für den Publikums-
verkehr geschlossen. Die Fernsprechnummern des Stadamtes für
Leibesübungen sind folgende: Obfr. 632, Büroleiter, Magistrat 666
Kunst, Magistrat 94 Registratur. — Der Degerner des Stadt-
amtes für Leibesübungen, Obermagistrat Dr. Krümmelch, hat sein
Amtszimmer nach wie vor im Stadthaus, Zimmer 63.

Selbstmord. Ein 35jähriger Chauffeur, der am Sonntag mit
seinem Wagen einen Zusammenstoß hatte, verübte am Montag Selbst-
mord.

Topfmarkt. Der Frühjahrstopfmarkt auf dem Neumarkt findet in
der Zeit vom 12. bis 15. März d. J. statt. Nähere Auskunft wird in
der Markthalle I, Münzstraße 16, 1. Etage, erteilt.

Straßensperrungen. Gesperrt wird wegen Neupflasterung die
Vingenzstraße von der Blücherstraße bis zum Bendersplatz
bis 31. März. — Wegen Auswechslung der Gleiskurve in der Boh-
rauer Straße wird die Kreuzung Gustav-Freitag-Straße,
Brunnenstraße, Bohrauer Straße vom 29. d. M. bis
10. März halbtägig für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

Riad

Gewerkschaftshauslichtspiele. Der Staudal in der Klein-
stadt. Das Filmprogramm der Gewerkschaftshauslichtspiele wird
heute und in den folgenden beiden Tagen große Anforderungen an
die Nachmusikler der Besucher stellen. Die Komödie der „Spie-
bühnenfamilie“ in der Kleinstadt sollte sich jeder Leser unserer Zeitung
einmal ansehen. Dazu läuft ein gutes Kulturprogramm und für die
nicht mehr ersehnte Volkswohnungshaus die Urmel-Wohnungshaus.
Trotz vieler erhöhter Kosten wird der Eintrittspreis nicht erhöht.
Beachten Sie bitte das heutige Inserat.

Weltbühne. „Frauen, die nicht heiraten dürfen.“
Der Film behandelt das sehr aktuelle Problem der Vererbung. Ein
junges Mädchen, die Tochter eines „Mutters“, heiratet trotz der
Warnung ihrer Mutter und des Arztes. Das Furchibare der „Mut-
terkrankheit“ besteht darin, daß das Blut nicht gerinnt und daß die von
Ihr Befallenen bei der geringsten Verletzung verbluten könnten. Ihr
Sohn stirbt an den Folgen dieser Krankheit. Ihr Vater ist der Typ
des heruntergekommenen Proletariats, der selbstverständlich nichts
böhrt Klassenkampf weiß und der sein Geld in der Schnapsflasche
erschafft. Sein Sohn trägt die Folgen des Suffs und leidet an
Epilepsie. Der Film, der mit der besten Besetzung gespielt wird,
wirkt hart erschütternd und ist von der ersten bis zur letzten Minute
sehr spannend. In der Bühnenschauspiel eine original-kunstliche
Balsalika-Kapelle Volkswesen, die starken verdienten Beifall be-
kommen.

Volkshöhne. Alle Mitglieder erhalten in der Geschäftsstelle zu
den Vorstellungen von „Das Kamel geht durch das Kabele-
s“ und „Die kommenden Mittwoch bis zum 8. März wieder täglich
im Thalia-Theater stattfinden, Gastkarten zum Einzelpreis von
1,50 Mark.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Bonsteden, für den
Bericht: W. Rabenberg, für den Kulturteil: W. Rabenberg, für den
Sportteil: W. Rabenberg, für den Wirtschaftsteil: W. Rabenberg, für den
Sonstigen Teil: W. Rabenberg, für den Anzeigen- und Inseratenteil: W. Rabenberg.

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Sturz eines Förderturmes in Rothenbach

Ein schweres Unglück ereignete sich am 27. auf der stillgelegten A-Bendbrüggelgrube in Rothenbach. Einige Monteure waren mit dem Umlegen des Förderturmes beschäftigt, als plötzlich der Turm einbrach und die Arbeiter unter sich begrub. Schwer verletzt wurden hierbei zwei Schloffer, die mittels Sanitätsautos in das hiesige Kreis-Krankenhaus eingeliefert wurden. Ein dritter Arbeiter litt leichtere Verletzungen. Die Verunglückten stammen aus Hannover.

Schulungskurse über Sowjetrußland im Oberen Revier.

Genossen, rote Frontkämpfer und Zeitungsleser, erscheint mehr denn je mit euren Frauen zu den Schulungskursen, welche über Sowjetrußland abgehalten werden. Der nächste Kursusabend findet am Donnerstag, dem 1. März, im Gasthof zum „Majrauschacki“ um 19 Uhr statt. Darum sei ein jeder Genosse und rote Frontkämpfer auf dem Posten und erscheine zu diesen Vorträgen. Auch der rote Frauen- und Mädchenbund nimmt daran teil.

Achtung, RFB-Kameraden! Am Sonnabend, dem 25. September v. J. ist am Vergnügen des Roten Frontbundes im Gasthof zum Majrauschacki dem Kameraden ... eine Rieder-Germisdorf eine Uhr abhanden gekommen. Er ersucht den Finder derselben, diese bei Bormann in Rieder-Germisdorf, Gottesberger Straße 106, abgeben zu wollen.

Schweidnitz

Freigewerliche Wähler bei den Betriebsratswahlen der Eisenbahnwerkstätte Schweidnitz

Unter großer Beteiligung von fast 100 Prozent der Gesamtbelegschaft fanden am Sonnabend hier die Betriebsratswahlen statt, denen eine intensive Propaganda vorausgegangen war. In letzter Stunde versuchte man, dem Einheitsverband in einem gemeinsamen Flugblatt noch etwas auszuwickeln, jedoch die große Propaganda, die ACF- und GFC-Anwärter, war nutzlos.

Wahlresultat

Wahlberechtigt 551
gewählt haben 556 = 95 Prozent

für ACF	95 Stimmen = 1 Sitz
für Einheitsverband	430 Stimmen = 8 Sitze
für GFC	5 Stimmen = 0 Sitze

Ein Bravo der Belegschaft. Nun aber vorwärts zum Kampf!

Ein Bienenstich. Einen gemeinen Streich, durch den mehrere Bienenstöcke verätzt wurden, verübten einige rohe Leute in Leutmannsdorf. Sie waren, wahrscheinlich im Nebenamt, in der Nacht die Bienenstöcke des Sattlermeisters Böhm in den Todschach, so daß sämtliche Bienen umkamen.

Friedland

Der Pleitegeier. Der Pleitegeier geht um. So ist das Ehrenwortgeschäft von Karl Ritsche unter Geschäftsaufsicht. Obwohl es noch nicht öffentlich bekanntgegeben ist, so ist doch dem Inhaber von den hiesigen Bankinstituten der Kredit gesperrt worden. Daß es noch nicht öffentlich bekanntgegeben ist, ist daher zu erklären, daß Ritsche eine bekannte Persönlichkeit und Stadtverordneter ist. Er ist auch Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei.

Poltsch. Die Jahresversammlung der freien Elternvereingung am 22. d. M. wählte einstimmig den bisherigen Vorstand wieder. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden: Es geht auch in Poltsch mit der weltlichen Schulbewegung wieder vorwärts! Die steigende Besuchsziffer der weltlichen Schule beweist es. Ein gemüthliches Beisammensein mit Darbietungen in schlesischer Mundart beschloß den Abend.

Weißstein. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie veranstaltet am Sonntag, dem 11. März, im „Gasthof zum deutschen Hause“ in Weißstein eine Wohltätigkeitsveranstaltung anlässlich des 6. Stiftungsfestes, bestehend aus Theater und Tanz. Freunde und Gönner der Arbeiter-Samariter-Bewegung sowie die Bruderkolonnen sind eingeladen. — Programme sind zu haben im Geschäft von Frau Gräber, Papier- und Buchhandlung von Gäßner-Weißstein, im „Gasthof zum deutschen Hause“, in den Unfallmeldestellen sowie bei allen Mitgliedern.

Langwaltersdorf. Versammlung der Arbeitsinvaliden. In der am 21. Februar einberufenen Versammlung der Arbeitsinvaliden hielt Kamerad Brode-Waldenburg ein Referat über die Not der Arbeitsinvaliden. Er führte aus, daß auf der einen Seite Geld für hohe Pensionen an frühere monarchistische Minister und Beamte vorhanden ist, aber für die Invaliden usw. sind niemals Mittel zur Stelle. Ferner kritisierte er das Verhalten der Vertrauensärzte bei Untersuchungen wegen evtl. Gewährung der Reichs- und Knappschaftskasse. Kamerad Brode wies nach, daß die Ärzte bloß das Interesse ihrer Auftraggeber im Auge haben, aber niemals, oder doch nur sehr selten, das Interesse der zu untersuchenden Rentenanwärter bezeugen, denn der Hauptzweck ist doch der, die Gewährung der Pensionen recht lange zu verzögern. Großen Unwillen der Versammlung löste das Verhalten des Bezirksleiters Hoffmann vom Bergarbeiterverband aus, welcher sich dem Kameraden Brode gegenüber äußerte, ihm wäre es lieber, keine Invaliden im Verbandsrat zu haben, denn dieselben machten doch bloß noch Ansprüche auf Rechtsschutz und Totentanz. Auch zahlte sie noch keine vollen Beiträge mehr. In der Ansprache brachten die Kameraden Schröder, Adam und Runge zum Ausdruck, daß nur ein starker Zusammenstoß sämtlicher Arbeitsinvaliden und Witwen zum Erfolge führen kann. Zum Schluß wurden einige Neuaufnahmen gemacht. Beim Punkt Wahlen wurde als Schriftführer Genosse Richard Hoffmann einstimmig gewählt. Als Delegierter nach Breslau wurde Genosse Adam im Vorschlag gebracht und gewählt.

Koschendorf. Ein sozialdemokratischer Gemeinderat vorsteher-Stellvertreter für Pflichtarbeit der jugendlichen Erwerbslosen. Von dem sozialdemokratischen Schöffen Ihmann, augenblicklich Stellvertreter des Gemeinderatvorstehers, wurde in der letzten Gemeindevorstellung der Vorschlag gemacht, die jugendlichen Erwerbslosen zum Reinigen der Bürgersteige heranzuziehen. Auf die Unzulässigkeit dieses Antrages aufmerksam gemacht, sagte Ihmann, er wolle nochmals beim Arbeitsamt Rücksprache nehmen. Wir machen Ihmann darauf aufmerksam, daß nach § 91 Abs. 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden dürfen. Dazu gehört auch das Reinigen der Bürgersteige. Ein von kommunistischer Seite eingebrachter Antrag auf Gewährung von Kartoffeln, verbilligtem Brot und Kohlen an die Erwerbslosen ist zwar noch nicht entschieden, doch kann er als abgelehnt gelten.

Erwerbslose, ihr seht daraus, wie man euch behandelt. Kommt daher alle zu der jeden Donnerstag 15 Uhr im „Jugendheim“ stattfindenden Erwerbslosen-Versammlung, wo euch Rat und Auskunft erteilt wird.

Landeshut. Der Lichtbildervortrag „Mutter und Kind“, von der Internationalen Arbeiterhilfe veranstaltet, erfreute sich eines guten Besuchs. Genosse Scholze, Sekretär des Zentralkomitees der IAW, Berlin, zeigte in einem scharf umrissenen Vortrage den aufmerksam lauschenden Zuhörern die verlogene Moral der bürgerlich-kapitalistischen Republik und die Tätigkeit der IAW. Alsdann begann der Lichtbildervortrag. Die Lichtbilder zeigten eindringlich die Ausbeutung der wertvollen Frauen wie auch der Kinder im kapitalistischen Staate. Dagegen veranschaulichten die russischen Lichtbilder und Statistiken, daß es in einem proletarischen Staate möglich ist, wirksamen Schutz für Mutter und Kind zu bieten. Mit einem kurzen Schlußwort und der Aufforderung, der IAW beizutreten, fand die Versammlung, die uns 15 Neuaufnahmen brachte, ihr Ende. Ganz besonderem Interesse erfreute sich die russische Ausstellung.

Der selbe Lichtbildervortrag wurde auch in Liebau gehalten. Hier war er nicht so gut besucht wie in Landeshut, doch der Erfolg war nicht ausgeblieben, die russische Ausstellung war besonders wirkungsvoll.

Liebau. Aus der Parteil. Die Parteiarbeiterführung, welche gut besucht war, hörte den Bericht der Agitprop-Abteilung. Der Umfug von illustrierten Zeitungen, Büchern, Bildern und Kalendern im vergangenen Halbjahr und im Monat Januar betrug 511,20 Mark. Dann wurde vorerst der Vertrieb der Sonntagsgabe um 50 Stück erhöht. Ferner wurde beschlossen, am Freitag, dem 2. März, die Generalversammlung abzuhalten, und zwar um 8 Uhr im „Girsch“, großes Zimmer (geheißt). Als Tagesordnung ist festgesetzt ein Referat über China, seine Geschichte, Revolution und Zukunft. Ferner die kommenden Gemeindevahlen und Wahl des gesamten Funktionärskörpers. Kein Mitglied darf fehlen. Besonders laden wir alle Zeitungleser und Mitglieder der Roten Hilfe ein.

Niederschlesien

Görlitz

Die Kohlenarbeiter behandelt werden.

Gegenwärtig läßt der Görlitzer Magistrat Kohlenarbeiten ausführen. Wie man diese Arbeiter behandelt werden, zeigen uns die folgenden Aufzeichnungen: Ausführender Unternehmer der Arbeiten ist der fassam bekannte Tiefbauunternehmer Schwanndt. Damit die Arbeiter auch richtig beaufsichtigt werden und Herr Schwanndt sich nicht hinzustellen braucht, da ihm eventuell die Schube zu schade sind und die Arbeiter allzusehr nach Schweiß riechen, hat er seinem „zuverlässigen“ Schachtmeister Klimm noch einen zweiten zugesellt. Schachtmeister Klimm versteht es nun ausgerechnet, die bei ihm beschäftigten Tiefbauarbeiter unternehmerrgemäß zu behandeln. Aufrichten während der Arbeitszeit gibt es nicht. Entweder heißt es bloß laden, oder, wenn die Voren voll sind, nur immer loshaben, oder Voren zusammenschieben. Aber nicht ausruhen, denn dadurch gehen kostbare Minuten dem Unternehmer verloren. Als die Arbeiter infolge Materialmangels aussetzen mußten und den ihnen laut Tarifvertrag zustehenden Lohnausfall von zwei Stunden forderten, wurde dem Obmann kurz erklärt: „Nur wirklich geleistete Arbeit wird bezahlt! Außerdem gilt für Sie nicht der Tariflohn, denn Sie sind nur Kohlenarbeiter.“ Trotzdem Schandt die Arbeiter anzuführt und die Arbeiter entlohnt, ist er bei Streitigkeiten nicht „maßgebend“, sondern das städtische Tiefbauamt. Um allem die Krone aufzusetzen, hat man das Tiefbauamt noch eine vier Seiten lange Arbeitsordnung herausgegeben, in der es nur so wimmelt von „Pflichten“ der Kohlenarbeiter, aber von Rechten ist darin nichts zu lesen. Neuerdings wurde vom Schachtmeister Klimm eine neue Arbeitsordnung entworfen und er fügt sich dabei auf die Arbeitsordnung, in der es wörtlich heißt: „Der Stundenlohn beträgt bei gleicher Leistung wie ein vollwertiger Tiefbauarbeiter 68 Pfg., bei geringerer Leistung entsprechend weniger.“ Bis jetzt mußten immer zwei Mann eine Lore beladen, nun nimmt man den einzelnen Lören den zweiten Mann weg und der erste Arbeiter soll nun in derselben Zeit wie zwei Arbeiter eine Lore vollmachen. Kann er das nicht, wird ihm vom Schachtmeister Genuemann mit Lohnabzug oder Entlassung gedroht. Auf der einen Seite zieht man, um dem Arbeiter die Sache recht schmerzhaft zu machen, einen Paragrafen des Tarifs an, benutzt aber durch raffinierte Art und Weise denselben Paragrafen zur Reduzierung des Lohnes und erklärt zudem noch, daß die Kohlenarbeiter kein Anrecht auf den Vertrag hätten. Wir empfehlen den Herren Schachtmeistern, den Lören nicht so streng zu spannen und der Leistung des Tiefbauamtes, Herrn Stadthauptmann Zimmermann, die Arbeitsordnung sofort zurückzugeben und im Beisein des Obmannes eine neue anzufertigen, denn mit der jetzigen sind sämtliche Arbeiter nicht einverstanden.

Sturz vom Fenster. Freitag gegen 22 Uhr stürzte sich im Hause Beckler Straße 54 ein bei ihrem verheirateten Bruder wohnendes, in den jüngsten Jahren stehendes Fräulein M. aus einem Fenster der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße hinab. In schwerem Verletzte Zustande wurde sie nach dem Krankenhaus geschafft. Die Angehörigen, die bereits im Schlafe lagen, hatten von der Tat nichts gemerkt, die auf unglückliche Liebe zurückzuführen sein dürfte.

Brand in Markersdorf. Das im Mitteldorf gelegene zweistöckige Haus der Familie Antelmann brannte am Freitag bis auf die Grundmauern nieder. Als Entzündungsursache des Hauses wird Beschäftigung vermutet. Der entstandene Schaden soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein.

Die Bestrafung niedergekommen. In Langenna brannte die Wirtschaft von Oswald Freyzel ab. Wobohaus mit Stall und Gehirgehaht wurden vernichtet. Die wertvollen Möbel und fast sämtliche Kübel vernichtet.

Die Bestrafung und die Antwort darauf. Die Frau Richter in Penzig schreibt uns: „Ihre Nr. 41 bringt in der ersten Beilage einen Bericht über unsere Firma, in welchem

behauptet wird, daß die Schmelzergesellen zehn Stunden arbeiten. Zunächst unserer Lohnbücher und Befähigung des Betriebsrates beruht diese Mitteilung auf Unwahrheit, denn die Leute arbeiten tatsächlich 48 Stunden in der Woche, also durchaus gesetzmäßig und richtig.“

Dazu schreibt unser Gewährsmann: „Wir stellen fest, daß die Schmelzergesellen zehn Stunden bei der genannten Firma bisher gearbeitet haben und daß man erst ab Montag den 27. 2. 28 dazu übergegangen ist, acht Stunden arbeiten zu lassen. Der Vorgesetzter der Firma, Herr Storch, müßte uns eigentlich dankbar sein, daß wir ihn durch unsere Notiz in der „A.-Z.“ davor bewahrt haben, eine viel größere Kassazahlung für die Mehrarbeit zu leisten. Wir wollen aber noch etwas Herrn Storch ans Herz legen: Er braucht sich gar nicht so beleidigt fühlen. Wir können, wenn er es wünscht, etliche Arbeiter namhaft machen, die zwölf bis dreizehn, ja sogar bis fiebzehn Stunden am Tage arbeiten. Er würde gut tun, sich z. B. mehr um Herrn Herzlich zu kümmern, der ja diese Mißstände gebuldet hat. Den Arbeitern sagen wir aber, hört endlich auf, eure Kollegen zu schädigen. Kämpft für den Achtstundentag!“

Grünberg

Jehn Jahre Rote Armee. Zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Roten Armee veranstaltete der RFB Ortsgruppe Grünberg eine Kundgebung unter fester Beteiligung der Arbeitererschaft. Um 17.30 Uhr wurde diese auf dem Marktplatz durch ein Plakontagert der Schalmienkapelle eingeleitet. Im Anschluß daran sprach Kamerad Kahler-Breslau zu den Versammelten über die Rote Armee der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands. Krieg dem imperialistischen Kriege! Hinzu in die rote Klassenfront! Das müßte auch die Lösung der Grünberger Arbeiterchaft sein. Mit einem dreifachen Hoch auf die Rote Armee und die Arbeiter- und Bauern-Regierung schloß der Kamerad Kahler seine Rede. Auch dem Abspielen der Internationale Demonstration durch die Stadt. Abends wurde im „Gold-Frieden“ ein Lichtbildervortrag über die Rote Armee abgehalten. Kamerad Kahler referierte hierzu und verschaffte den Erscheinenden durch seine vorwiegend Schilderung einen interessanten, lehrreichen Abend. Anschließend wurden noch Filme vom ersten, zweiten und dritten Reichstreffen durchgeführt und für das vierte Reichstreffen Propaganda gemacht. Zum Schluß wurde eine Kellerversammlung für die ausgeperrten Metallarbeiter veranstaltet. Der gesammelte Betrag von 611 Mark wurde an die Gewerkschaftsstelle des RFB weitergeleitet. Der Erfolg des Abends waren wieder eine Anzahl Neuaufnahmen für den RFB sowie den RFB.

Glogau

Ein neues Krankenhaus. Die Stadt Glogau hat auf Anweisung des Reichsfinanzministers von der Regierung in Liegnitz zur Beihilfe zum beschleunigten Bau eines neuen Krankenhauses 75.000 Mark überwiesen erhalten.

Haymann

Achtung! Rücket zum Unterquartieren am 1. April in Haymann. Helft alle mit an dem Aufbau der Roten Front. Es ist Pflicht aller Kameraden und Genossen, sich diesen Tag freizuhalten. Alle Redaktionen betreffend das Haymanner Unterquartieren ersuchen wir an den Kameraden H. Bentrup, Haymann, Glogauer Straße 29.

Was der Bewegung. Der einstimmige Bescheid Richard Friedrich ist nicht mehr Mitglied der kommunistischen Partei. Sein Mitgliedschaft ist gesperrt und für ungültig erklärt.

Bunzlau

Feuer. In Bunzlau brannte im Oberdorf das Strohhedde Wobohaus des Bergmanns Zwilling vollständig nieder. Man glaubt, daß der Brand durch Raucher verursacht ist.

Liegnitz

Ein Arbeiter wurde wegen Betruges zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt und hatte Verurteilung eingelegt. Bei der jetzigen Verhandlung zeigte sich, daß doch ein komisches Geschäftsgebahren auf dem Arbeitsamt üblich ist. Der Angeklagte hatte eine Stellung als Portier in der „Roten Mühle“ angenommen. Der horrend Lohn von 50 Mk. monatlich für einen Familienvater von drei Kindern langte natürlich nicht. Er gab daher seine Stempelfkarte nicht ab, sondern meldete diesen Verdienst als Nebeneinnahme. Das erste Mal wurde ihm nicht, wie ihm gesagt, 8 Mark, sondern nur 3,60 Mark abgezogen; dann nichts mehr. Weil nun der Angeklagte nicht gebettelt hat, daß ihm von der Unterstützung abgezogen werde, wurde er wegen „Betruges“ angeklagt. Das Gericht 2. Instanz kam zu einer Freisprechung.

Aus dem Riesengebirge

Girshberger Stadtverordnetenversammlung unter Polizeiaufsicht

Vor der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Februar fanden etliche öffentliche Volksversammlungen statt, die sich mit der Wohnungsnot befaßten. Man glaubte angeblich deshalb an „Unruhen“. Die Sitzung befaßte sich mit 53 Punkten. Wir greifen nur die wichtigsten Vorlagen heraus: Nachbewilligung von 1600,78 Mark von Weihnachtshilfen an Bedürftige. Es waren Weihnachten 1927 10.000 Mark bewilligt worden, die aber nicht ausreichten. Ohne Debatte wurde zugestimmt. — Ankauf eines Grundstücks in Größe von 13.000 qm zum Preise von 15.000 Mark zum Bau von Kasernen, da nach den neuesten Verfügungen die kleinen Garnisonen zusammengelegt werden sollen. Die kommunistische Fraktion stimmte der Vorlage insofern zu, daß dieses Gelände für städtische Siedlungsbauten verwendet wird. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. A. B. Laß konnte es sich nicht verkneifen, nach Rußland hinzuweisen, daß dort auch Kasernen gebaut werden. Von den Abgeordneten der kommunistischen Fraktion bekam er die gebührende Antwort. Nach einer langen Rede schloß wurde die Vorlage angenommen. — Der Bewilligung von 500 Mark an die Kirchengemeinde Mairwalden wurde von den Bürgerlichen zugestimmt, dagegen sprach die kommunistische Fraktion. Zum Punkt „Festlegung der Miete an der Straßburger Straße“ entfiel eine rege Ansprache. Die kommunistische Fraktion trat scharf gegen die Vorlage auf, weil man Ausgebauten niederritze. (Am Eingang der Heimstraße wurden zwei Mauern abgetroffen.) Auf unsere Anfrage, wann endlich Arbeiterwohnungen gebaut werden, wurde die Antwort: im Jahre 1928 und darüber hinaus sei nicht daran zu denken. Es sei kein Kapital vorhanden, trotzdem im Jahre weit über 1.000.000 Mark Hauszinssteuer einkommen. Der unentgeltlichen Abgabe einer Baufilze und Bewilligung einer Baufilze von 5000 Mark für ein Wirtshaus des Ortsausflusses für Arbeiterwohlfahrt wurde zugestimmt.

Ein Antrag auf Anstellung auf Lebenszeit verschiedener Polizeibeamter wurde von den Kommissionen abgelehnt. SPD- und Bürgerliche stimmten geschlossen für die Vorlage. Der Bewilligung der Ueberhöhrzeitung der Baukosten für die Turnhalle in Höhe von 17.604,74 Mark wurde ohne Debatte zugestimmt. Alle anderen Vorlagen wurden fast ohne Debatte angenommen, außer der Vorlage: Bewilligung der Mittel von 29.485 Mark zum Ankauf von zwei Registrier- und Buchungsmaschinen für die Stadtkassakasse. Die kommunistische Fraktion stellte dazu fest, daß es die bürgerlichen Stadtverordneten verstehen, nach außen hin „wahre Volkswirter“ zu sein, um in der Sitzung vor dem Magistrat auf die Knie zu fallen. Nach langer Debatte wurde beschlossen, die Buchungsmaschinen nicht zu kaufen. Die Sitzung wurde dann geschlossen.

Öffentliche Frauenversammlung in Petersdorf. Am Sonnabend findet im Gerichtstreichham um 20 Uhr eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Dähne aus Breslau spricht.